



Nr. 298 | 29.04.2024

Ukraine-Analysen

- Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter
- Ukrainische Community in Deutschland
- Deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaften

ANALYSE	
Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Geflüchteten in Deutschland Kseniia Gatskova (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)	2
STATISTIK	
Integration in den Arbeitsmarkt	6
ANALYSE	
Die ukrainische Community in Deutschland Natalia Pryhornytska (Allianz Ukrainischer Organisationen e. V., Berlin)	10
ANALYSE	
(Un)genutzte Potenziale in den deutsch-ukrainischen Kommunal- und Regionalpartnerschaften Mattia Nelles, Inna Nelles (beide Deutsch-Ukrainisches Büro, Düsseldorf)	14
DOKUMENTATION	
Übersicht deutsch-ukrainischer Partnerschaften	18
CHRONIK	
11. – 31. März 2024	24

Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Geflüchteten in Deutschland

Kseniia Gatskova (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

DOI: 10.31205/UA.298.01

Zusammenfassung

Mit mehr als einer Million ukrainischer Geflüchteter, die seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hierzulande Schutz gesucht haben, ist Deutschland zum wichtigsten Aufnahmeland geworden. Die erfolgreiche Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt und ihre Teilhabe auch in anderen Bereichen der Gesellschaft stellen eine zentrale Herausforderung dar. Dieser Beitrag schildert, wie sich die Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter in den letzten zwei Jahren entwickelt hat, mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert sind und welche Fördermaßnahmen die Integration dieser spezifischen Gruppe unterstützen könnten.

Einleitung

Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine haben über 1,1 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer in Deutschland Zuflucht gefunden. Die IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Studie (nähere Informationen zur Befragung am Ende), repräsentativ für die ukrainischen Geflüchteten, die seit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 bis zum 8. Juni 2022 in Deutschland angekommen sind, zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der erwachsenen Geflüchteten Frauen sind (80 %). Diese Geschlechtsselektion ist unter anderem auf die restriktiven Beschränkungen für Männer im wehrpflichtigen Alter (18–60 Jahre) bezüglich der Ausreise zurückzuführen. Die Männer in diesem Alter konnten die Ukraine nur dann verlassen, wenn sie zu bestimmten gesetzlich festgelegten Kategorien gehörten, darunter Väter, die für drei oder mehr Kinder sorgen, alleinerziehende Väter, Betreuer von behinderten Eltern oder Verwandten oder andere in der Verordnung festgelegte Gruppen. Dementsprechend sind viele geflüchtete Personen ohne Partner (77 %) nach Deutschland gekommen. 48 Prozent der Geflüchteten sind mit minderjährigen Kindern eingereist.

Dabei fällt auf, dass die überwiegende Mehrheit der Geflüchteten ein hohes Bildungsniveau und Arbeitserfahrungen haben: 72 Prozent verfügen über einen Hochschulabschluss und 85 Prozent der erwerbsfähigen Zugewogenen waren in der Ukraine berufstätig (Brücker et al., 2023; Steinhauer et al., 2024).

Die Aktivierung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz für ukrainische Geflüchtete durch den EU-Rat im März 2022 sowie die Anpassung des deutschen Rechtsrahmens, die den Flüchtlingen ab dem 1. Juni 2022 Anspruch auf Sozialleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II einräumte, hatten einerseits den Abbau von Integrationshindernissen zur Folge, die normalerweise mit Asylverfahren verbunden sind und den Spracherwerb sowie den Eintritt in den Arbeitsmarkt verzögern. Andererseits wurden dadurch die Erwartungen

an eine schnellere Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt geweckt.

Die gesteigerten Erwartungen bezüglich einer beschleunigten Integration von Geflüchteten spiegeln sich auch in den Ansätzen zur Jobvermittlung wider, wie beispielsweise der Initiative Job-Turbo. Diese vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ins Leben gerufene Initiative zielt darauf ab, die zeitnahe und möglichst langfristige Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zu fördern, sobald sie grundlegende Sprachkenntnisse erworben haben.

Spracherwerb

Sprachkenntnisse sind ein zentraler Aspekt der Integration, da sich die Kommunikation auf alle Lebensbereiche auswirkt – vom Aufbau sozialer Netzwerke über den Kontakt mit Behörden, den Zugang zu Bildung, die Suche nach einem Arbeitsplatz und die Fähigkeit, sich bei der Ausübung der beruflichen Tätigkeit mit Kolleginnen und Kollegen zu verständigen. Gleichzeitig sollte man einkalkulieren, dass das Erlernen der deutschen Sprache, die einen beträchtlichen sprachlichen Abstand zu den slawischen Sprachen aufweist, mindestens mehrere Jahre dauert.

Die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Geflüchteten verfügte zum Zeitpunkt ihres Zuzugs über keine deutschen Sprachkenntnisse. Nur 4 Prozent der ukrainischen Geflüchteten verfügten zu Beginn ihres neuen Lebensabschnitts in Deutschland über gute oder sehr gute Deutschkenntnisse (Brücker et al., 2022).

Zur Jahresmitte 2023 gab die Hälfte der befragten ukrainischen Geflüchteten an, über mäßige bis gute Deutschsprachkenntnisse zu verfügen. Dies markiert einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Spätsommer 2022 (17 %) und zum Jahresbeginn 2023 (33 %) (Ette et al., 2023; Brücker et al., 2023). Dieser Anstieg lässt sich größtenteils auf die hohe Anzahl absolvierter Sprach- und Integrationskurse zurückführen, da etwa drei Viertel der ukrainischen Geflüchteten zu Beginn

des Jahres 2023 einen Deutschkurs besuchten (Brücker et al., 2023).

Obwohl die Teilnahme an Sprachkursen die Arbeitsmarktintegration zunächst verzögern kann, zeigen empirische Forschungsergebnisse, dass solche länderspezifischen Humankapitalinvestitionen langfristig die Beschäftigungsaussichten und Verdienste von Geflüchteten verbessern (Kosyakova & Kogan, 2022, Adda et al., 2022). Die Geflüchteten, die an Sprachkursen teilnehmen, stehen vorübergehend nicht vollständig für den Arbeitsmarkt zur Verfügung. Erst nach Abschluss der Integrationskurse werden sich diese Humankapitalinvestitionen in erhöhten Beschäftigungsquoten widerspiegeln.

Die Daten zeigen, dass ukrainische Geflüchtete, die einen Deutschsprachkurs auf dem Niveau C1 oder C2 des Europäischen Referenzrahmens abschließen, eine um 21 Prozentpunkte höhere Erwerbstätigenquote aufweisen als Geflüchtete, die keinen Sprachkurs besuchten (Kosyakova et al., 2023). Darüber hinaus sind die Verdienste der Geflüchteten mit einem abgeschlossenen Deutschsprachkurs auf dem Niveau C1 oder C2 um 38 Prozent höher als derjenigen ohne abgeschlossenen Sprachkurs (Brücker et al., 2023).

Erwerbsbeteiligung

Innerhalb der ersten einhalb Jahre nach Ankunft in Deutschland wird eine kontinuierliche Steigerung der Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten aus der Ukraine beobachtet. Gemäß den Daten der IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung unter ukrainischen Geflüchteten waren im Frühjahr 2023 ein knappes Fünftel (18 %) der erwerbsfähigen Geflüchteten berufstätig. Dieser Anteil stieg auf 28 Prozent bei Personen, die sich bereits mindestens ein Jahr in Deutschland aufhielten.

Die Arbeitsmarktintegration stellt jedoch eine große Herausforderung für Geflüchtete dar. Weibliche Geflüchtete, und insbesondere Mütter mit kleinen Kindern, stehen vor großen Hürden. Die meisten weiblichen Geflüchteten, von denen etwa die Hälfte zusammen mit kleinen Kindern im Vorschul- oder Grundschulalter lebt, sind von ihren Partnern getrennt. Diese familiären Umstände beeinflussen die Beschäftigungsquoten von Frauen und verdeutlichen die Geschlechterungleichheit in der Verteilung unbezahlter Betreuungsarbeit zwischen Männern und Frauen aus der Ukraine.

Laut der Studie von Kosyakova et al. (2023) ist die Beschäftigungsquote von Müttern mit kleinen Kindern unter drei Jahren besonders niedrig (3 %), während die Beschäftigungsquote von Vätern mit Kindern dieses Alters erheblich höher ist (23 %). Generell hängt die Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern vom Alter der Kinder ab. Zum Beispiel beträgt sie 11 Prozent für Mütter mit Kindern im Alter von drei bis sechs Jah-

ren und steigt auf 15 bzw. 16 Prozent, wenn die Kinder sieben bis zehn Jahre bzw. elf Jahre oder älter sind. Im Gegensatz dazu sind die Unterschiede in den Beschäftigungsquoten zwischen Männern und Frauen ohne eigene Kinder im Haushalt gering (22 Prozent bei Männern im Vergleich zu 20 Prozent bei Frauen).

Es ist wichtig – insbesondere in den ersten Jahren nach der Zuwanderung – nicht nur die tatsächlichen Erwerbsquoten, sondern auch die Arbeitsaspirationen der Geflüchteten zu beobachten, da sie stark mit der zukünftigen Wahrscheinlichkeit einer Erwerbsaufnahme korrelieren. Die IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Daten zeigen, dass mehr als 90 Prozent der nicht erwerbstätigen Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland arbeiten wollen (Kosyakova et al., 2023). Von den Geflüchteten mit Erwerbsabsichten möchten 27 Prozent möglichst sofort eine Arbeit aufnehmen, weitere 54 Prozent planen dies für das kommende Jahr. Etwa 19 Prozent möchten erst in zwei bis fünf Jahren oder später eine Erwerbstätigkeit in Deutschland aufnehmen.

Der Erfolg der Arbeitsmarktintegration hängt von verschiedenen Faktoren ab, darunter auch den Bleibeabsichten. Im Allgemeinen investieren Personen, die beabsichtigen, längerfristig in einem Land zu bleiben, tendenziell mehr in den Spracherwerb und bemühen sich stärker zu integrieren. Der Anteil der Geflüchteten, die langfristig in Deutschland bleiben möchten, ist seit Beginn der russischen Invasion kontinuierlich gestiegen: Im Spätsommer 2022 lag er bei 39 Prozent, Anfang 2023 bei 44 Prozent und im Sommer 2023 bei 52 Prozent (Ette et al., 2023). Laut den Daten der BiB/FReDA-Befragung im Sommer 2023 sind seit der ersten Befragung knapp 6 Prozent der Geflüchteten in die Ukraine zurückgekehrt und weitere 2 Prozent in einen Drittstaat weitergewandert (Ette et al., 2023).

Ein Vergleich der Erwerbsquoten in anderen europäischen Ländern zeigt, dass Länder wie Österreich, die Schweiz und Norwegen ähnliche oder niedrigere Quoten als Deutschland aufweisen, während EU-Mitgliedsstaaten wie Polen, die baltischen Staaten und Tschechien teilweise höhere Quoten erreichen. Diese Unterschiede können auf frühere Aufenthalte, Netzwerke, Sprachkenntnisse und -affinitäten, Fördermaßnahmen sowie Kinderbetreuungsangebote im jeweiligen Land zurückgeführt werden. Ein direkter Vergleich des Arbeitsmarkterfolgs der ukrainischen Geflüchteten ist jedoch zur Zeit nicht möglich. Die Herausforderungen entstehen durch die heterogene Zusammensetzung der Flüchtlingsgruppen, variierende institutionelle Rahmenbedingungen und Messansätze für Beschäftigungsquoten sowie unterschiedliche Zeitpunkte der Datenerhebung. Zum Beispiel ist in den Niederlanden die Erwerbstätigenquote zwar höher als in Deutschland, aber die Arbeitsverhältnisse sind oft prekär, gekennzeichnet durch On-Call-

Jobs in der Zeitarbeit, Jobs mit wenigen Arbeitsstunden und kurzfristig befristete Arbeitsverhältnisse.

Einkommen und Mismatch auf dem Arbeitsmarkt

Das Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter ukrainischer Geflüchteter (2.550 Euro) liegt immer noch signifikant unter dem Medianverdienst in Deutschland (3.516 Euro laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit von 2023). Aufgrund eines hohen Anteils an Teilzeitbeschäftigung sind die Medianverdienste von Frauen deutlich niedriger als die von Männern, während der geschlechtsspezifische Unterschied im Verdienst bei Vollzeitbeschäftigten relativ gering ist (Kosyakova et al., 2023).

Etwa die Hälfte der beschäftigten Geflüchteten arbeitet in Positionen unterhalb ihres Qualifikationsniveaus, und dies betrifft die geflüchteten Frauen überproportional. Eine vorübergehende Abwertung des im Herkunftsland erworbenen Humankapitals ist jedoch in der Phase unmittelbar nach der Migration sehr häufig. Die Erlangung ergänzender Fähigkeiten im Zielland, hauptsächlich von Sprachkenntnissen, verbessert allmählich jedoch die Übereinstimmung zwischen Qualifikation und Beschäftigung.

Darüber hinaus besteht eine positive Beziehung zwischen der Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter, ihrem Einkommen, ihrer Bildung und den durch Berufserfahrung erworbenen Fähigkeiten. Die Ergebnisse zeigen, dass mehr als 40 Prozent der beschäftigten Geflüchteten in Deutschland Tätigkeiten ausüben, die ihren Bildungsqualifikationen oder früheren Berufserfahrungen entsprechen. Andererseits befinden sich mehr als die Hälfte in Jobs unterhalb der Anforderungen der Jobs, die sie vor ihrer Flucht nach Deutschland hatten. Weitere Anstrengungen wie die Beseitigung von Hindernissen bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen können einen erheblichen Beitrag zur Förderung der Arbeitsmarktintegration und zur Verringerung der Diskrepanz zwischen Qualifikationen und Arbeitsplätzen leisten.

Unterstützungsbedarfe

Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache und bei der Arbeitssuche gehören zu den am häufigsten genannten Unterstützungsbedarfen der Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland (Goßner et al., 2023). Die vor dem Zuzug erwerbstätigen Geflüchteten melden außerdem einen hohen Unterstützungsbedarf bei der Anerkennung von Qualifikationen. Unter den Geflüchteten mit Kindern im Vorschulalter besteht ein sehr hoher Bedarf an Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

In Zukunft sollten Integrationsprogramme sich vorrangig darauf konzentrieren, die verbleibenden Lücken

zu schließen, wie beispielsweise die Verbesserung der Deutschkenntnisse durch fortgeschrittene Sprachkurse und andere Qualifikations- und Arbeitsmarktberatungsmaßnahmen. Zudem spielen unterstützende Integrationsprogramme (z. B. Praktika) eine Schlüsselrolle, um Geflüchteten den Arbeitsmarkteinstieg zu erleichtern. Darüber hinaus sollte die soziale Teilhabe gefördert werden. Die Beschäftigungsquoten und das Aufstiegs Potenzial ukrainischer Geflüchteter auf dem deutschen Arbeitsmarkt werden stark von diesen Maßnahmen abhängen. Die ausgeprägten Beschäftigungsaspirationen ukrainischer Geflüchteter legen nahe, dass die aktuellen Beschäftigungsniveaus weit hinter ihren Beschäftigungsabsichten zurückbleiben, was darauf hindeutet, dass das Beschäftigungspotenzial noch lange nicht ausgeschöpft ist.

Die Unterstützung bei der Anerkennung von Qualifikationen könnte durch gezielte Maßnahmen zur Harmonisierung der länderspezifischen Regelungen erfolgen. Das würde die Unübersichtlichkeit, Komplexität und lange zeitliche Dauer der Anerkennungsverfahren reduzieren.

Angesichts der Dominanz von Frauen mit Kindern unter den Geflüchteten aus der Ukraine unterstreicht dies zudem die Bedeutung geschlechtsspezifischer Förderangebote, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen weiblicher Fach- und Arbeitskräfte zugeschnitten sind (z. B. Erhöhung der Flexibilität bei der Arbeitszeit). Die gestiegenen Herausforderungen für Flüchtlingsmütter mit Kindern sollten durch eine verbesserte Zugänglichkeit zu Betreuungseinrichtungen sowie ganztägige Kinderbetreuungsangebote gemildert werden. Frühzeitige und umfassende Kinderbetreuung würde nicht nur Anreize und Arbeitsmarktchancen für geflüchtete Frauen erhöhen, sondern auch zu mehr sozialen Kontakten mit in Deutschland lebenden Familien führen. Die Forschungsergebnisse zeigen auch eine positive Beziehung zwischen häufigen sozialen Kontakten mit der lokalen Bevölkerung und den Beschäftigungsquoten und Einkommen ukrainischer Flüchtlinge. Dies steht im Einklang mit Studien, die Hinweise auf einen positiven Effekt von Kontakten mit der Mehrheitsbevölkerung auf die Arbeitsmarktintegration von Migranten in Deutschland finden (Kanas et al., 2012).

Kurzgefasst birgt die erfolgreiche Integration von ukrainischen Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt Potenzial für beide Seiten: Sie würde einerseits dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegenwirken und andererseits die finanzielle Lage der geflüchteten Familien verbessern.

Informationen über die Autorin, Literaturliste sowie Informationen zur Befragung finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Dr. Kseniia Gatskova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsbereiches Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung am Institut für Arbeits- und Berufsforschung in Nürnberg. Ihre Forschungsinteressen beziehen sich auf Arbeitsmarkt, Migration und Integration, soziale Ungleichheiten, Geschlechterungleichheiten und Familiensoziologie.

Literatur

- Adda, J., Dustmann, C., & Görlach, J.-S. (2022). The Dynamics of Return Migration, Human Capital Accumulation, and Wage Assimilation. *The Review of Economic Studies*, 1–31.
- BA – Statistik (2023). Beschäftigte und Arbeitslose, Sonderauswertung. Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg.
- Brücker, Herbert, Andreas Ette, Markus M. Grabka, Yuliya Kosyakova, Wenke Niehues, Nina Rother, C. Katharina Spieß, Sabine Zinn, Martin Bujard, Adriana Cardozo, Jean Philippe Décieux, Amrei Maddox, Nadja Milewski, Robert Naderi, Lenore Sauer, Sophia Schmitz, Silvia Schwanhäuser, Manuel Siegert, Kerstin Tanis & Hans Walter Steinhauer (2023). Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Ergebnisse der ersten Welle der IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP Befragung. (IAB-Forschungsbericht 02/2023), Nürnberg, 136 S.
- Ette, Andreas, C. Katharina Spiess, Martin Bujard, Jean Décieux, Ludovica Gambaro, Lidia Gutu, Nadja Milewski, Kerstin Ruckdeschel, Lenore Sauer, Sophia Schmitz (2023). Lebenssituation Ukrainischer Geflüchteter. Höhere gesellschaftliche Teilhabe nach Eineinhalb Jahren in Deutschland. *Bevölkerungsforschung Aktuell 6/2023* des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. 3–16.
- Goßner, L., F. Schreyer, S. Schwanhäuser (2023). Integration junger Menschen aus der Ukraine in die Ausbildungs- und Arbeitswelt. Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e. V. Wuppertal.
- Kanas, Agnieszka, Barry R. Chiswick, Tanja van der Lippe, Frank van Tubergen (2012). Social Contacts and the Economic Performance of Immigrants: A Panel Study of Immigrants in Germany. *International Migration Review* 46, 680–709.
- Kosyakova, Yuliya; Kogan, Irena (2022). Labor market situation of refugees in Europe: The role of individual and contextual factors. *Frontiers in Political Science*, 1–14.
- Kosyakova, Yuliya, Herbert Brücker, Kseniia Gatskova & Silvia Schwanhäuser (2023). Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter: Erwerbstätigkeit steigt ein Jahr nach dem Zuzug. (IAB-Kurzbericht 14/2023), Nürnberg, 8 S.
- Steinhauer, H. W., Décieux, J. P., Siegert, M., Ette, A., & Zinn, S. (2024). Establishing a probability sample in a crisis context: the example of Ukrainian refugees in Germany in 2022. *AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv*.

Informationen zur Befragung

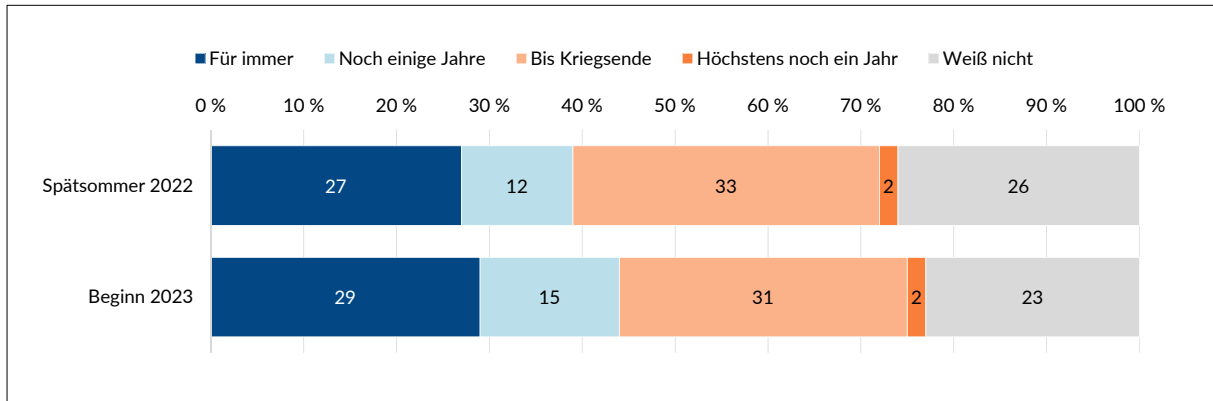
Die IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine

Die IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein gemeinsames Projekt vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), dem Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) am DIW Berlin (Brücker et al. 2023). Für die Ziehung der Stichprobe wurden das Ausländerzentralregister und Einwohnermelderegister genutzt. Insgesamt nahmen 11.763 Personen an der ersten Befragungswelle 2022 teil (August bis Oktober 2022), von denen 6.754 Personen 2023 erneut befragt werden konnten (Januar bis März 2023). Mit Hilfe von statistischen Hochrechnungsverfahren können repräsentative Aussagen über ukrainische Staatsangehörige im Alter von 18 bis 70 Jahren getroffen werden, die zwischen dem 24. Februar 2022 (dem Beginn des russischen Angriffskriegs) und 8. Juni 2022 nach Deutschland gekommen sind. Weitere Informationen sowie Ergebnisse der Studie finden sich unter: <https://iab.de/teilnehmerinfo/gefluechtete-aus-der-ukraine-in-deutschland-iab-bib-freda-bamf-soep-befragung/>

STATISTIK

Integration in den Arbeitsmarkt

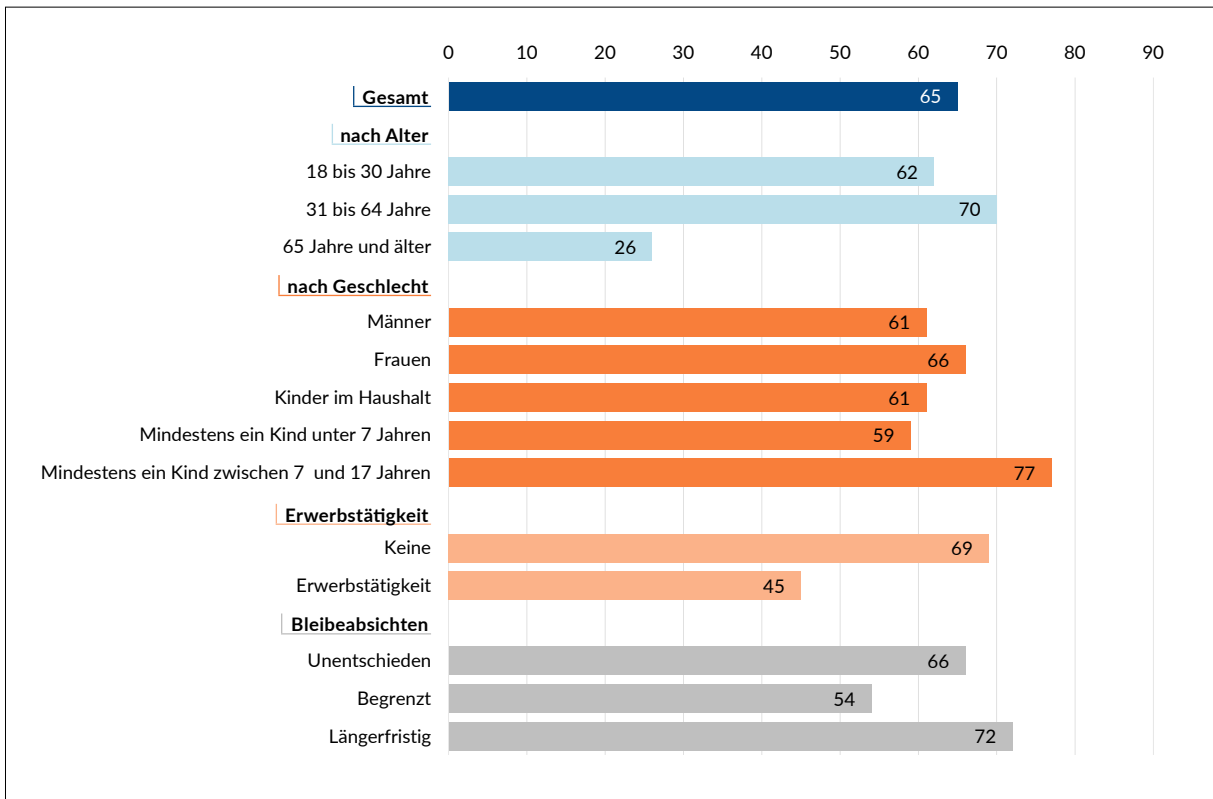
Grafik 1: Bleibeabsichten nach Deutschland geflüchteter Ukrainer:innen (in %)



Anmerkung: Die Stichprobe umfasste 6.310 befragte Personen; gewichtete Werte.

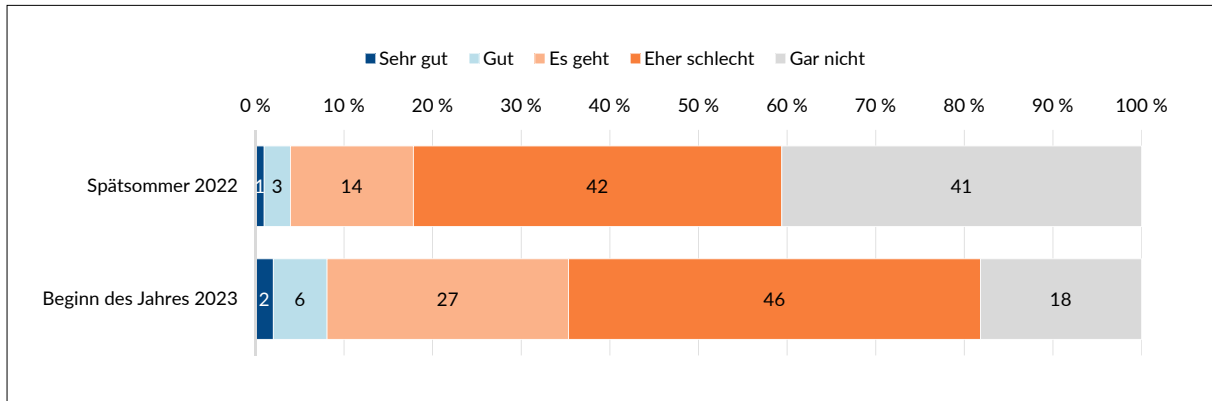
Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland«, erste (Spätsommer 2022) und zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

Grafik 2: Teilnahme nach Deutschland geflüchteter Ukrainer:innen an Integrationskursen bis Beginn des Jahres 2023 (in %)



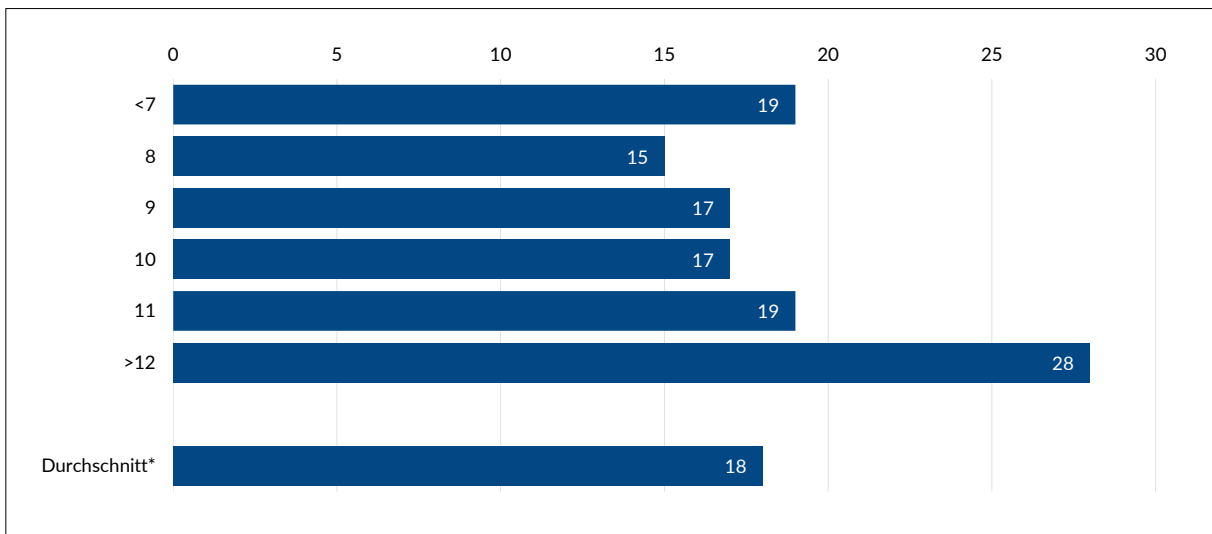
Anmerkung: Gewichtete Werte.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland«, zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

Grafik 3: Selbsteingeschätzte Deutschkenntnisse nach Deutschland geflüchteter Ukrainer:innen (in %)

Anmerkung: Gewichtete Werte. Geringe Differenz der Summe aller Anteile zu 100 rundungsbedingt.

Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland«, erste (Spätsommer 2022) und zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

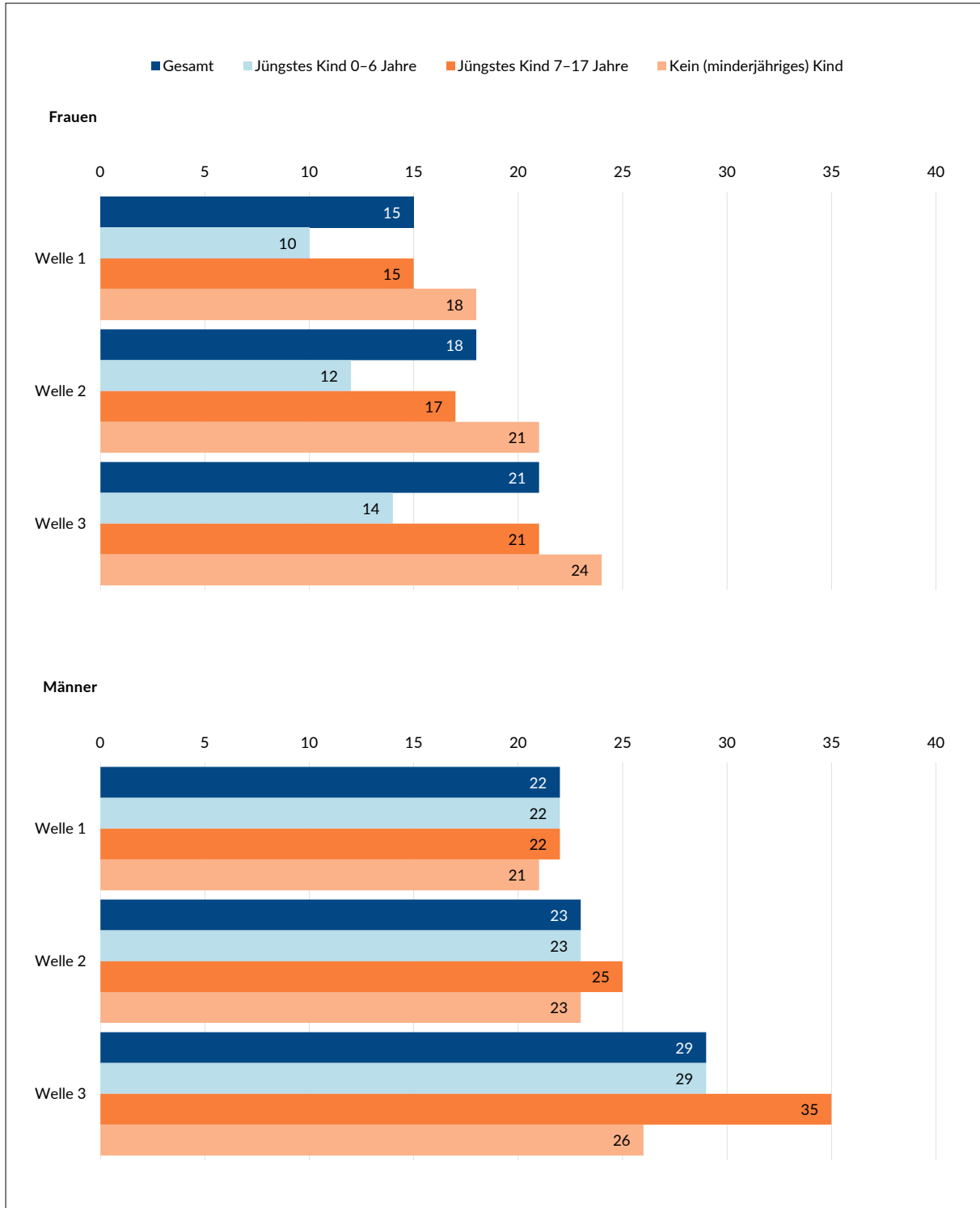
Grafik 4: Durchschnittliche Erwerbstätigenquote der Geflüchteten aus der Ukraine nach Aufenthaltsdauer (Anteile an den Personen im erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre), in %) Monate seit Ankunft in Deutschland

*Durchschnittliche Erwerbstätigenquote der Geflüchteten zum Befragungszeitpunkt im Frühjahr 2023.

Anmerkung: Erwerbstätigkeit ist definiert als die Ausübung einer abhängigen oder selbstständigen Tätigkeit. Gewichtete Werte.

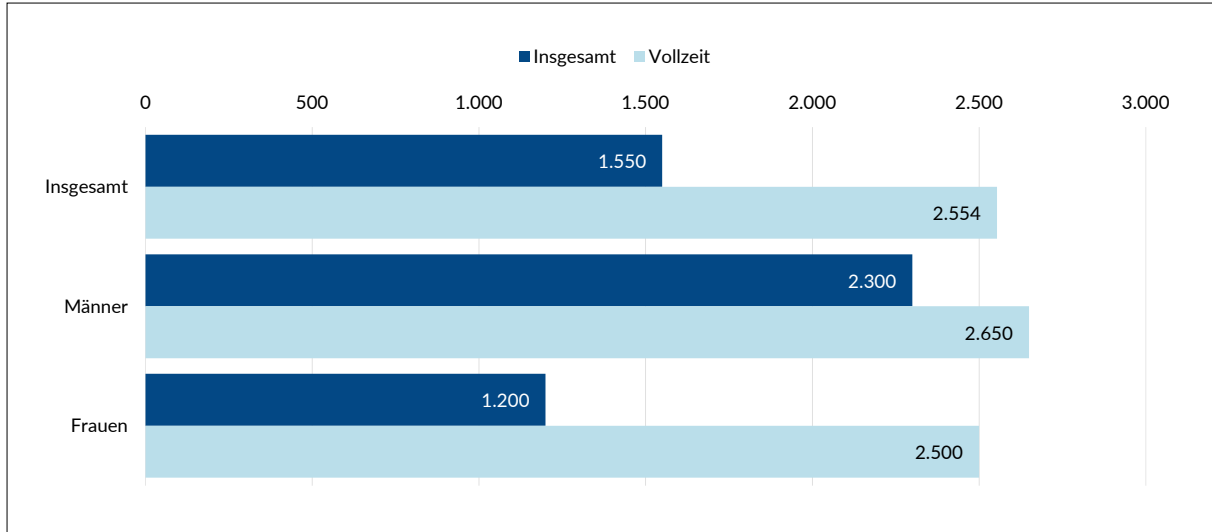
Quelle: IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland«, zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023).

Grafik 5: Entwicklung der Erwerbsbeteiligung ukrainischer Geflüchteter nach Geschlecht der Befragungsperson und Alter des jüngsten Kindes im Haushalt (in %)



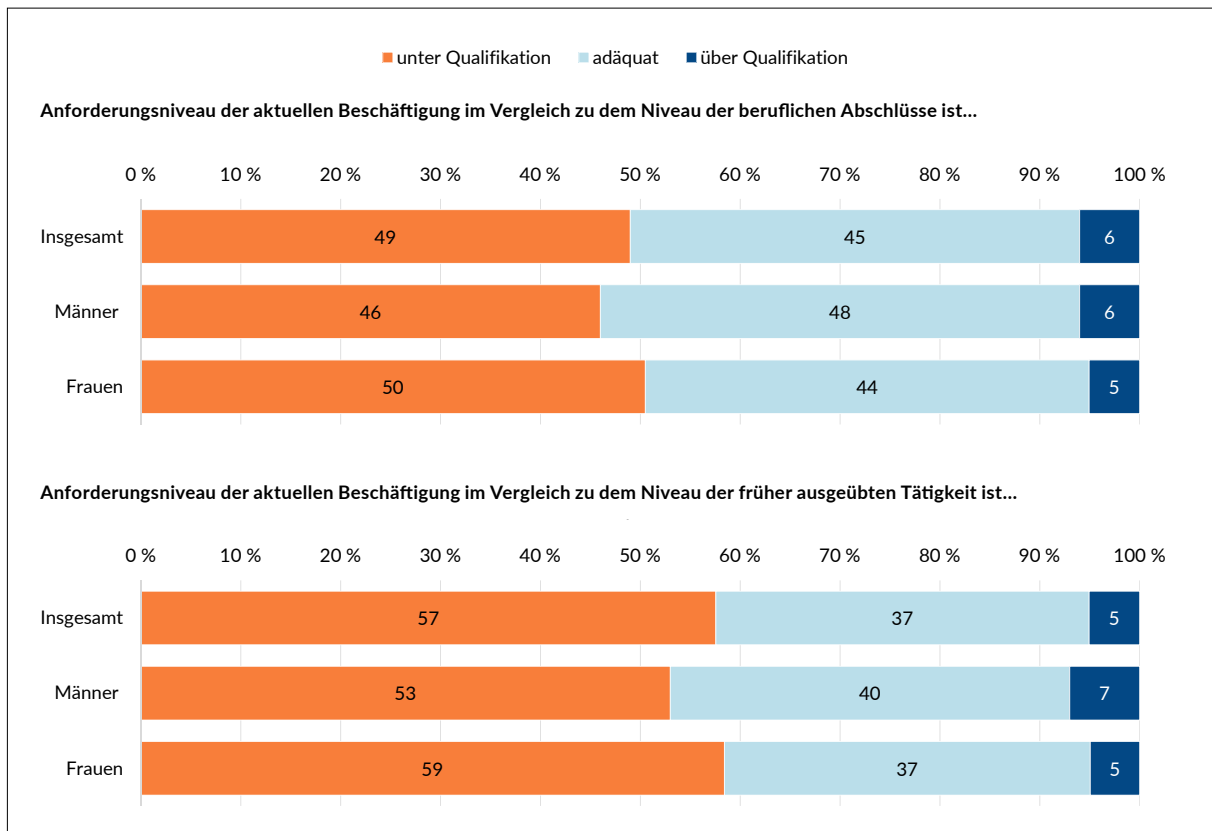
Quelle: IAB-BiB/FRIDA-BAMF-SOEP-Befragung »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland«, 2023; 18 - 65 Jahre, N=19.233, gewichtet.

Grafik 6: Mittlere Bruttomonatsverdienste der beschäftigten ukrainischen Geflüchteten insgesamt und von Vollzeitbeschäftigten nach Geschlecht (Bruttomonatslohn in Euro, Median)



Anmerkung: Befragte, die einen Lohn von null Euro angaben, sowie Befragten, die eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt haben, wurden nicht berücksichtigt.
Quelle: IAB-BiB/FRreDA-BAMF-SOEP-Befragung »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland«, zweite Befragungswelle (Beginn des Jahres 2023), gewichtet.

Grafik 7: Übereinstimmung zwischen Anforderungsniveau der beruflichen Tätigkeit und dem Niveau der Berufsabschlüsse bzw. dem Niveau der vor dem Zuzug ausgeübten Tätigkeit



Anmerkung: Die Qualifikationsangaben wurden anhand der International Standard Classification of Education (ISCED) der OECD des Jahres 2011, die erforderliche Ausbildung für die ausgeübte Tätigkeit anhand der Klassifikation der Berufe (KldB) des IAB und der Bundesagentur für Arbeit des Jahres 2010 ermittelt. Rundungsbedingte Abweichungen zur Summe der Anteile auf 100 Prozent.

Quelle: IAB-BiB/FRreDA-BAMF-SOEP Befragung »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland«, zweite Welle 2023, gewichtet.

Die ukrainische Community in Deutschland

Natalia Pryhornytska (Allianz Ukrainischer Organisationen e. V., Berlin)

DOI: 10.31205/UA.298.02

Zusammenfassung

Die ukrainische Community in Deutschland ist heterogen und besteht aus zahlreichen Organisationen unterschiedlicher Ausrichtung. Gleichzeitig eint die Community die Vision, die Ukraine in Deutschland sichtbarer zu machen und dazu beizutragen, dass die Ukraine als unabhängiges, souveränes, demokratisches und europäisches Land wahrgenommen wird. Die ukrainische Community befindet sich in einem Prozess der strukturellen, nachhaltigen Institutionalisierung und Professionalisierung, um die Ukraine als Subjekt in der öffentlichen Wahrnehmung zu etablieren, die Repräsentation der ukrainischen Community zu stärken und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern zu gewährleisten. Der folgende Text gibt einen Überblick über die Situation und die Aktivitäten der ukrainischen Community in Deutschland und zeigt, wie signifikant Russlands Überfall auf die Ukraine diese verändert hat.

Die ukrainische Community in Deutschland vor dem vollumfänglichen Überfall Russlands

Nach dem vollumfänglichen russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 ist die ukrainische Community in Deutschland größer, sichtbarer und selbstbewusster geworden. Sie existierte jedoch bereits schon vorher: Vor allem im Zuge der Euromaidan-Demonstrationen 2013/14 in der Ukraine entstand eine neue aktive »diasporic community« in Deutschland. Hier lebende Menschen aus der Ukraine, die sich nicht zwangsläufig mit der älteren ukrainischen Diaspora identifizierten, vernetzten und koordinierten sich eng auf nationaler sowie internationaler Ebene mit anderen Ukrainer:innen.

Laut dem Statistischen Bundesamt lebten im Jahr 2014 etwa 128.000 Menschen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft in Deutschland. Die ukrainische Community bilden jedoch nicht nur Menschen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft, sondern auch jene, die sich mit der Ukraine identifizieren und sich für das souveräne Land engagieren, den ukrainischen Pass aber nicht mehr besitzen. Die ukrainische Gemeinschaft in Deutschland ist heterogen und besteht aus Vertreter:innen der älteren Diaspora, der neuen »diasporic community« und – nach 2022 – den schutzsuchenden Ukrainer:innen.

Als eher kleine, überwiegend gut integrierte Community, lebte die ukrainische Community weitgehend »unsichtbar« bzw. unbemerkt in Deutschland. Das änderte sich mit dem Euromaidan, bzw. der »Revolution der Würde« 2013/2014, die für viele von ihnen ein wichtiger Impuls war, sich erstens aktiv für die größere Sichtbarkeit der Ukraine in Deutschland einzusetzen und zweitens die Gesellschaft in der Ukraine zu unterstützen.

So entstand beispielsweise die Initiative »Euromaidan Wache Berlin« im November 2013, um über die Euromaidan-Proteste in der Ukraine und über Veranstal-

tungen dazu in Deutschland zu informieren. Aus dieser Initiative gingen später weitere Initiativen und Vereine hervor, wie die Ukrainische Orthodoxe Kirche Berlin e. V. und einer der größten humanitären deutsch-ukrainischen Vereine, die Ukraine-Hilfe Berlin e. V.. Auch Organisationen wie beispielsweise Kultura e. V. in Berlin, Ukrainisches Atelier für Kultur & Sport e. V. in Stuttgart, Digitales Ukrainisches Haus – UkrDim e. V., CineMova. Ukrainian Film Community Berlin e. V. (der bereits 2009 als nicht kommerzieller Kinoklub gegründet wurde), Bamberg:UA e. V. in Bamberg (Bayern) und zahlreiche andere haben sich nach 2014 etabliert und professionalisiert. Im November 2014 entstand mit dem Dachverband Ukrainischer Organisationen in Deutschland ein Zusammenschluss der Vereine aus der ukrainischen Community in Deutschland in einer Dachorganisation.

Neben zahlreichen Demonstrationen und Aktionen in ganz Deutschland, die sich auf die Aufklärung über die Maidan-Proteste in der Ukraine, die russische Annexion der Krim und den Einmarsch in den Donbas konzentrierten, wurden zahlreiche kulturelle und politische Veranstaltungen organisiert, um die Ukraine als Subjekt in der gesellschaftlichen, politischen und medialen Wahrnehmung zu platzieren und den gegenseitigen Wissensaustausch zu fördern. Denn zu dieser Zeit war die Ukraine ein »weißer Fleck« auf der mentalen Landkarte der deutschen Öffentlichkeit.

Zwischen 2014 und 2022 war das Interesse an der ukrainischen Community in Deutschland eher marginal. Trotz einer Vielzahl aktiver Organisationen blieben ukrainische Stimmen im politischen und gesellschaftlichen Diskurs zumeist außen vor. Die Narrative über die Ukraine wurden stattdessen über Jahrzehnte und auch seit Beginn der militärischen russischen Aggression 2014 sehr von der russischen Sicht geprägt. Vor allem im öffentlich-rechtlichen Fernsehen wurden

bis zur Vollinvasion nur selten ukrainisch-stämmige Expert:innen eingeladen und stattdessen verbreiteten Pseudo-Expert:innen wie Gabriele Krone-Schmalz oder Ivan Rodionov von RT Deutsch Des- und Falschinformationen (vgl. ausführlich dazu die Studie von Markus Welsch in den [Ukraine-Analysen 289](#)).

Nach dem 22. Februar 2022: Konsolidierung der Kräfte und neue Aufgaben der Community

Der vollumfängliche Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 verstärkte das Engagement und auch die Sichtbarkeit der ukrainischen Community in Deutschland erheblich. Plötzlich gab es Interesse an Berichten über Demonstrationen, kulturelle oder politische Veranstaltungen. Zahlreiche Presseanfragen zur Einschätzung der Situation in der Ukraine sowie über die Bedürfnisse und Herausforderungen der in Deutschland Schutz suchenden Ukrainer:innen erreichten landesweit Organisationen aus der lokalen ukrainischen Community. Aus der Ukraine stammende Expert:innen waren nun gefragter denn je in den politischen Talkshows und machten die Stimme der Ukrainer:innen in Deutschland so präsent wie nie zuvor.

In offenen Briefen an die Bundesregierung forderte die ukrainische Community eine nachhaltige und strategische Unterstützung der Ukraine. Die Konsolidierung der Kräfte ermöglichte es eigene Themen zu setzen, Bedarfe zu kommunizieren, Antworten auf die Briefe der »Friedensbewegung« in den Medien zu platzieren und über das [Engagement der ukrainischen Community](#) zu berichten.

Insbesondere im Bereich der Kommunikation wurde sehr schnell klar, dass die ukrainische Community mit einer starken Stimme gegenüber der Presse und der Politik auftreten muss. Die infolge des Maidan entstandenen Netzwerke und etablierten Organisationen erwiesen sich nach dem vollumfänglichen Überfall Russlands als ein festes und unabdingbares Fundament für das gemeinsame Handeln.

Um den Herausforderungen gerecht zu werden und mit einer konsolidierten Position nach außen zu kommunizieren, haben sich im März 2022 zehn Berliner Diaspora-Organisationen zu der Initiative [Allianz Ukrainischer Organisationen](#) zusammengeschlossen. Die [Allianz Ukrainischer Organisationen \(AUO\)](#) ist inzwischen als eine Dachorganisation registriert und zählt deutschlandweit aktuell 17 ständige und assoziierte Mitglieder. Die AUO verfolgt das Ziel, nachhaltige Strukturen der ukrainisch-stämmigen Community zu etablieren.

Organisationen der AUO agieren in folgenden Bereichen: humanitäre Hilfe, Geflüchteten-Hilfe, Schul- und Hochschulbildung, Kinder- und Jugendarbeit, Schutz der Menschenrechte und LGBTQI+, Stärkung der Dias-

pora, Kultur und Kultur-Diplomatie, wissenschaftlicher Austausch und Arbeit mit Studierenden, politische Kommunikation und politische Bildung, Desinformation sowie Wiederaufbau der Ukraine. Die [Allianz Ukrainischer Organisationen](#) stärkt die Wahrnehmung der ukrainischen Gemeinschaft in Deutschland, setzt sich zur Professionalisierung der ukrainischen migrantischen Selbstorganisationen (MSOs) und Initiativen ein und fördert die Vernetzung der ukrainischen MSOs deutschlandweit.

Neben der institutionalisierten Form der AUO wurde ein ergänzendes informelles Netzwerk »Merezha« aus über 200 Organisationen und Aktivist:innen deutschlandweit aufgebaut. Merezha ging aus Vernetzungstreffen für ukrainische MSOs hervor, die im Dezember 2022 und April 2023 Vertreter:innen der ukrainischen Community zusammenbrachten. Wichtig dabei war, dass auch die neu angekommen Aktivist:innen aus der Ukraine, die dort NGOs geleitet haben oder darin engagiert waren, ihre Arbeit in der ukrainischen Community fortsetzen konnten. Die Vernetzungstreffen wurden von den Organisationen [Open Platform e. V.](#) und [Crisp e. V.](#) organisiert und durch mehrere Organisationen der AUO unterstützt. Merezha hat sich als effektives Kommunikationsnetzwerk für die deutschlandweit agierenden Organisationen etabliert, um eine schnelle Koordination ihrer Arbeit, die Ermittlung von Bedarfen, das Teilen wichtiger Informationen sowie die Konsolidierung des politischen Handelns und der aktuellen politischen Themen zu ermöglichen. Neben »Merezha« gibt es zahlreiche Online-Gruppen, die die Koordination der Arbeit auf lokaler Ebene oder thematischen Schwerpunkten ermöglichen.

Insgesamt haben sich die Aufgaben und Herausforderungen der Community stark intensiviert. Neben der politischen Kommunikation ging es vor allem in den ersten Monaten nach der Vollinvasion vor allem darum, schnelle und direkte Hilfe für die in Deutschland ankommenden schutzsuchenden Menschen aus der Ukraine zu leisten.

Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der Ukrainer:innen in Deutschland fast verzehnfacht: von 138.000 Ende Februar 2022 auf 1.156.000 Ende November 2023, womit Ukrainer:innen in Deutschland derzeit die zweitgrößte ausländische Community in Deutschland bilden (nach Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit).

Die Aufnahme von Schutzsuchenden aus der Ukraine war mit großen Herausforderungen verbunden, erzeugte zugleich eine überwältigende Solidarität in Deutschland. Schutzsuchende aus der Ukraine haben sich oft an die ukrainische Community gewandt und von dieser Unterstützung beim Ankommen in Deutschland gesucht (vor allem Abholung der Menschen an

Bahnhöfen, Unterstützung bei Amtsbesuchen, Übersetzungen, Registrierung, Wohnungs- und Arbeitssuche). Die ukrainischen Organisationen wurden wiederum unterstützt und standen im engen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland, ohne die die Situation nicht zu bewältigen gewesen wäre.

Organisationen wie die AUO streben zudem eine Verstärkung des interkulturellen Austauschs an, wobei sie den Dialog über politische Mitwirkungsmöglichkeiten zwischen diversen Gemeinschaften – wie beispielsweise türkischer, syrischer und polnischer – initiiert. Dies markiert einen deutlichen Paradigmenwechsel von einer introspektiven zu einer inklusiven, gemeinschaftsübergreifenden Orientierung, was als bedeutende Neuausrichtung und lehrreiche Entwicklung zu bewerten ist. Das Ziel ist, einen Austausch zwischen den Communities zu schaffen, von geteilten Erfahrungen voneinander zu lernen und letztlich auch andere Community-Mitglieder:innen zu motivieren, an politischen Prozessen aktiv zu partizipieren. Cinemova – Ukrainian Empowerment Network e. V. bietet gezielt Seminare für neu zugewanderte Aktivist:innen aus der Ukraine an, um diese in das deutsche System der Organisationsgründung einzuführen und in die Arbeit der ukrainischen Community einzubinden. Es geht letztlich auch darum, ukrainische Stimmen in politischen und anderen Instanzen zu etablieren und am soziopolitischen Leben zu partizipieren. So wurden erstmals zwei Vertreterinnen aus der ukrainischen Community, Oleksandra Bienert und Maria Borisenko, als Stellvertretende Mitgliederinnen in den Berliner Landesbeirat für Partizipation gewählt. Die gebürtige Ukrainerin Lilia Usik wurde als erste Abgeordnete in das Berliner Landesparlament gewählt.

Die Kommunikation von Bedürfnissen geflüchteter Menschen an die Politik und auf der Kommunalen-, Landes- sowie Bundesebene stellte sich als neue Aufgabe für die Community heraus. Die Vertreter:innen der AUO waren in beratenden Gremien wie dem zivilgesellschaftlichen Beirat der Berliner Bürgermeisterin im Jahr 2022 vertreten. Regelmäßiger Austausch in der Koordinierungsrunde des Bundesinnenministeriums (BMI) wird durch die Vorstandsmitgliederinnen seit 2022 bis heute fortgesetzt. An der Koordinierungsrunde des BMI nehmen sowohl die Bundesministerien als auch die Vertreter:innen der großen Wohltätigkeitsverbände teil. Dieser Austausch bietet die Möglichkeit, die deutschlandweit ermittelten Bedarfe und Anregungen aus der ukrainischen Community an das BMI zu adressieren. Zugleich werden die Anregungen und Vorschläge an die Community weitergegeben, wodurch die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft effektiver und nachhaltiger gestaltet werden kann.

Die Unterstützung der Ukrainischen Armee und der Menschen in der Ukraine sind weiterhin zentrale Tätig-

keitsbereiche der Community. So hat z. B. die Ukrainische Orthodoxe Kirche e. V. seit Beginn der Vollinvasion mehr als 1.300 Tonnen humanitärer Hilfsgüter in die Ukraine transportiert; Blau-Gelbes-Kreuz e. V. sogar über 2.000 Tonnen, mit denen mehr als 20.000 Menschen in diversen Regionen der Ukraine geholfen werden konnte. Hunderte Hilfstransporte wurden auch durch kleinere und private Initiativen der Community in die Ukraine geliefert.

Sichtbarkeit der Ukraine in Deutschland

Auch die Bekämpfung der Desinformation, deren Einfluss vor allem in den letzten zehn Jahren erheblich zugenommen hat, erweist sich als eine der zentralen Aufgaben der ukrainischen Community. Der von der Autorin und Kateryna Pavlova herausgegebene Sammelband »Ukraine im Fokus: Propaganda erkennen, Fakten verstehen« beinhaltet eine Reihe von kompakten wissenschaftsfundierten Beiträgen, die von Expert:innen verfasst wurden, um Desinformation und Mythen über die Ukraine zu entkräften. Diese Publikation dient als wertvolle Informationsquelle und Diskussionsgrundlage für den deutsch-ukrainischen sowie den innerdeutschen Austausch. Das Buch ist dennoch nur ein Beispiel unter vielen, denn in unterschiedlichen Formaten organisieren beinahe alle Organisationen der ukrainischen Community Veranstaltungen, bei denen es um die Aufklärung über Russlands Krieg gegen die Ukraine geht. Oft sind es Kulturveranstaltungen, wie Ausstellungen und Konzerte, die einen guten Raum bieten, um zum einen auf die Situation in der Ukraine aufmerksam zu machen und zum anderen über die Eigenständigkeit und Vielfaltigkeit der ukrainischen Kultur und auch für die Ukraine zu machen. Insbesondere das Ukraine-Institut in Deutschland, das 2023 in Berlin als erste Auslandsrepräsentanz eröffnet wurde, setzt sich für die Förderung der ukrainischen Kultur ein und setzt dabei auf interkulturellen Dialog und Kooperationen zwischen ukrainischen, deutschen und internationalen Künstler:innen und Kultureinrichtungen. Außerhalb von Berlin, wo das Angebot bereits groß ist, erweisen sich Veranstaltungen mit Ukraine-Bezug als höchst notwendig und fruchtbar. Die ukrainische Community bildet somit eine Brücke zwischen der Ukraine und Deutschland und trägt maßgeblich zur Völkerverständigung bei.

Die Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur:innen stärkt die Stimme der Ukrainer:innen und schafft eine größere Reichweite. Ein gutes Beispiel ist die Veranstaltung »Women in War« im Februar 2023, die eine Kooperation der Staatskanzlei Berlin, der Europäischen Akademie und der Allianz Ukrainischer Organisationen war und auch von den Medien aufgegriffen wurde. Das ist bei den Aktionen der Organisation Vitsche e. V. regelmäßig der Fall, denn

ihre – oft kreativen – Aktionen werden intensiv von den Medien begleitet. Neben zahlreichen Demonstrationen gestalteten die Vitsche-Aktivist:innen z. B. Videos, in denen sie über die Deportation ukrainischer Kinder nach Russland aufmerksam machten, um die strafrechtliche Verfolgung dieser Kriegsverbrechen zu fordern. Auch starke und klare Forderungen zur Unterstützung der Ukraine mit den notwendigen Waffen sowie regelmäßige Fundraising-Aktionen gehören zum Repertoire von Vitsche.

Die Organisation Open Platform e. V. hat es sich in enger Zusammenarbeit mit Crisp e. V. zur Aufgabe gemacht, die Potenziale der ukrainischen Diaspora für den Wiederaufbau auszuschöpfen. Im Oktober 2023 organisierten sie eine Veranstaltung zum Thema »Potentiale der Diaspora heben« der »Plattform Wiederaufbau Ukraine« der Bundesregierung. Gemeinsam mit anderen Organisationen aus der ukrainischen Community wurde anhand von Best Practices das enorme Potenzial einer Zusammenarbeit mit der ukrainischen Diaspora beim Wiederaufbau verdeutlicht. Im Rahmen der im Juni 2024 in Berlin stattfindenden »Ukraine Recovery Conference« soll das Thema »Potentiale der Diaspora und der globalen ukrainischen Community« weiter vertieft werden.

Herausforderungen

Mehr als zwei Jahre nach der vollumfänglichen russischen Invasion in die Ukraine ist klar geworden, dass Russlands verbrecherischer Krieg gegen die Ukraine die neue Realität darstellt. Russland wird seinen Krieg gegen die Ukraine (solange es militärisch dazu fähig ist, woran es alles setzt) fortsetzen. Die Herausforderungen für die ukrainische Gemeinschaft in Deutschland bleiben bestehen oder könnten sogar noch zunehmen.

Die vergangenen zwei Jahre brachten die Ukrainer:innen an die Grenzen ihrer mentalen und physischen Kräfte. Wie die ukrainische Menschenrechtsaktivistin und Nobelpreisträgerin Oleksandra Matwijtschuk sagte: »Wir laufen einen Marathon mit der Geschwindigkeit eines Sprints«. Doch die Kräfte reichen bei vielen nur für ein paar Schritte. Zeit zum Ausruhen bleibt nicht. Eine Erholung wäre aber auch kaum möglich in einer Zeit, in der die Menschen in der Ukraine tagtäglich ums Überleben kämpfen.

Über die Autorin

Natalia Pryhornytska ist Politikwissenschaftlerin und Mitbegründerin der Open Platform e. V. sowie der Allianz Ukrainischer Organisationen e. V., wo sie auch erste stellvertretende Vorsitzende ist. Sie moderiert den Podcast UkraineMEMO des Instituts für Europäische Politik (IEP).

Die allermeisten Menschen engagieren sich ehrenamtlich in der ukrainischen Community. In vielen Fällen gehen die Freiwilligen Vollzeitjobs nach, denn keine der Organisationen der ukrainischen Community bekommt institutionelle Förderung, die es ermöglichen würde, Menschen für ihre Arbeit mittel- und langfristig einzustellen. Viele Menschen kommen an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit, und manche gehen auch darüber hinaus und erleiden einen Burnout.

Daher ist die gegenseitige Unterstützung innerhalb der Community besonders wichtig. Trotz der Konsolidierung der Kräfte erweist sich der Aufbau starker Institutionen mit nachhaltigen Strukturen und Prozessen deutschlandweit als große Herausforderung. Wichtig ist dabei, dass die neu geschaffenen Strukturen und Formate nicht an Personen gebunden sind, sondern unabhängig davon, wer an der Spitze steht, Bestand haben sowie gut miteinander Vernetzt sind.

Fazit

Die ukrainische Community in Deutschland hat sich nach 2022 beachtlich entwickelt. Den neuen Aufgaben und Herausforderungen, die mit der russischen Invasion der Ukraine verbunden waren, ist man mit einer zunehmenden Professionalisierung und einer Skalierung der Kapazitäten begegnet. Die erhöhte Sichtbarkeit der Community trägt nicht nur zur direkten Unterstützung in der Ukraine – einer zentralen Aufgabe der Community – bei, sondern fördert auch den Wissenstransfer in die und den Wissensaustausch mit der deutschen Gesellschaft. Die ukrainische Community ist zu einem wichtigen Akteur geworden, der zunehmend als relevanter Gesprächspartner in politischen und gesellschaftlichen Diskursen anerkannt wird.

Trotz dieser positiven Entwicklung gibt es auch Herausforderungen, wie die psychische Belastung der Community-Mitglieder oder eine fehlende langfristige Finanzierung für die neuentstandenen Strukturen. Daher sind die weitere Professionalisierung, Institutionalisierung und Schaffung einer starken und nachhaltigen Struktur oberste Prioritäten, um die gewachsene ukrainische Community in Deutschland fest als »ukrainische Stimme« zu etablieren.

(Un)genutzte Potenziale in den deutsch-ukrainischen Kommunal- und Regionalpartnerschaften

Mattia Nelles, Inna Nelles (beide Deutsch-Ukrainisches Büro, Düsseldorf)

DOI: 10.31205/UA.298.03

Zusammenfassung

Wenn am 30. April der Internationale Tag der Städtepartnerschaften begangen wird, lässt sich positiv auf die jüngste Entwicklung der deutsch-ukrainischen Partnerschaften zurückblicken. Es gab ein immenses Engagement von Bundesländern, Städten, Kreisen, Gemeinden und Zivilgesellschaft, die seit 2022 enorm viel für ihre ukrainischen Partner geleistet haben, vor allem im Bereich der humanitären Hilfe. Mit Blick auf einen vermutlich länger andauernden Krieg und den langjährigen Wiederaufbau müssen Erfahrungen gerade auch der ukrainischen Gemeinden in die Überlegungen einbezogen werden, wie die Partnerschaften über die akute Nothilfe hinaus ausgebaut und weiterentwickelt werden können. Denn die ukrainischen Gemeinden sehen sich nicht nur als Bittsteller, sondern streben Partnerschaften auf Augenhöhe mit ihren deutschen Partnern an.

Die Resilienz ukrainischer Gemeinden

Als im Februar 2022 russische Invasionstruppen aus dem Norden, Osten und Süden in die Ukraine einfielen, zeigten sich viele der betroffenen Gemeinden erstaunlich resilient. Trotz des Chaos, großer Fluchtbewegungen, kaum Vorbereitung und anfänglich keinen klaren Ansagen aus Kyjiw, setzten viele Bürgermeister:innen, Stadträt:innen und Dorfvorsteher:innen ihre Arbeit trotz Kampfhandlungen, Belagerungen oder Besetzungen fort. Diese beeindruckende Resilienz auf lokaler Ebene geht auf die horizontalen Verflechtungen und die Verbundenheit der lokalen Selbstverwaltungen mit ihren jeweiligen Gemeinden zurück, die im Zuge der Dezentralisierungsreform in den letzten Jahren gestärkt wurden. Durch die 2014 angestoßene Dezentralisierungs- und Gebietsreform wuchsen die Befugnisse und Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden an und die Gemeinden konnten in vielen Fällen die Qualität von staatlichen (Verwaltungs-)Dienstleistungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge erhöhen.

Der IRI Municipal Poll 2023, erhoben in den 21 regionalen Hauptstädten, zeigt beispielsweise, dass die Mehrheit der befragten Anwohner:innen selbst im Krieg zufrieden sind mit den erbrachten öffentlichen Dienstleistungen ihrer jeweiligen Städte. Gleichzeitig ist eine Mehrheit in jeder Stadt der Auffassung, dass lokal gewählte Behörden über die Prioritäten des Wiederaufbaus vor Ort entscheiden sollten.

Im Krieg wurden die Städte und Gemeinden zu einer tragenden Stütze des ukrainischen Staates. Trotz zum Teil massiven Beschusses, wie in Charkiw, Sumy oder Cherson, arbeiten die Gemeinden und Städte mit Hochdruck daran, dass Schäden schnellstmöglich behoben werden, Elektrizitäts- und Trinkwasserversorgung, die Abwasser- und Abfallentsorgung aufrechterhalten wer-

den, dass Schulen und Kindergärten möglichst geöffnet bleiben bzw. über ausreichend Schutzräume verfügen. Gleichzeitig stellt die medizinische Versorgung Kriegsverletzter und die therapeutische Behandlung traumatisierter Menschen und die Unterstützung, Unterbringung und Integration von Binnenvertriebenen viele Städte und Gemeinden vor immense Herausforderungen.

Der vorliegende Text basiert auf ersten Ergebnissen des Projekts »Lokale Resilienz & Wiederaufbau: Kapazitäten der ukrainischen Zivilgesellschaft in der Region Tschernihiw«. Expert:innen des Deutsch-Ukrainischen Büros haben im Februar 2024 die Regionen Tschernihiw und Kyjiw bereist und Gespräche mit Vertreter:innen der lokalen Zivilgesellschaft, einem Dutzend Bürgermeistern und mehreren Stadträt:innen geführt. Zusätzlich dazu wurden 33 umfangreiche Fragebögen gesammelt und 15 vertiefte Interviews mit Gemeindevertreter:innen und lokalen Aktivist:innen geführt, in denen es um ihre Einschätzungen zum Wiederaufbau, die Rolle internationaler Partner und die deutsch-ukrainischen Städtepartnerschaften ging.

Deutschlands wichtige Rolle

Nach anfänglichen Verstimmungen in den deutsch-ukrainischen Beziehungen zu Beginn der russischen Völlinvasion gehört Deutschland zu den wichtigsten und verlässlichsten Partnern der Ukraine – sowohl auf nationaler als auch regionaler und kommunaler Ebene. Heute werden deutsche Politiker:innen, allen voran der Bundeskanzler, nicht müde zu betonen, dass Deutschland nach den USA zweitgrößter Geberstaat ist. Nach Angaben der Bundesregierung belaufen sich die Gesamtausgaben für die Ukraine und Ukrainer:innen in Deutschland auf knapp 32,2 Milliarden Euro (Stand Februar 2024). Diese Zahlen umfassen die bisher geleisteten Militärhilfen in Höhe von knapp sieben Milliarden Euro aber

auch die bis zu sechs Milliarden Euro jährlichen Kosten für Sozialleistungen für die rund 1,2 Millionen Geflüchteten, überwiegend Frauen und Kinder, die in Deutschland seit Februar 2022 Schutz gefunden haben. Als größter europäischer Geber legt Deutschland ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung der lokalen Ebene. Bei der Ukraine Recovery Conference im Juni 2024 in Berlin wird die kommunale Ebene eine der thematischen Hauptsäulen der Konferenz.

Außenpolitik der Gemeinden und Bundesländer

Neben den Militär- und Finanzhilfen für die ukrainische Regierung, humanitärer Hilfe für die notleidenden Menschen in der Ukraine sowie der Unterstützung für Geflüchtete in Deutschland spielten und spielen bestehende und neu entstandene kommunale Partnerschaften eine wichtige Rolle bei der Lieferung von wichtiger Soforthilfe in die Ukraine.

Bei der Reise von Frank-Walter Steinmeier in die Ukraine im Oktober 2022 hob der Bundespräsident gemeinsam mit Wolodymyr Selenskyj die Bedeutung der kommunalen Partnerschaften hervor: »Deutsche Städte und Gemeinden haben große Solidarität bewiesen, indem sie Ukrainerinnen und Ukrainer, die vor Russlands brutaler Aggression geflohen sind, aufgenommen haben; Kommunalpartnerschaften ermöglichen zielgerichtete, stabile und rasche Hilfslieferungen und die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern, sie fördern Erfahrungsaustausch, und sie leisten schon jetzt einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung und zum Wiederaufbau der Ukraine.« Gemeinsam übernahmen die zwei Staatspräsidenten die Schirmherrschaft des deutsch-ukrainischen Städtepartnerschaftsnetzwerks. Zudem riefen sie Kommunalverwaltungen und führende Mitglieder der Zivilgesellschaft auf, sich dem Netzwerk anzuschließen und gemeinsam neue Partnerschaften aufzubauen.

Tatsächlich verdreifachte sich die Anzahl der deutsch-ukrainischen Kommunalpartnerschaften in den ersten zwei Jahren der russischen Völlinvasion fast und stieg von 76 auf 204 (Stand Februar 2024, Überblick auf S. 18) an. Gleichzeitig entstanden zahlreiche Betreiberpartnerschaften von Stadtwerken und Wasserbetrieben sowie Klinikpartnerschaften. Dieser rasante Anstieg folgte der immensen Hilfsbereitschaft der deutschen Gemeinden und lokalen Zivilgesellschaft, die sich einerseits um die eintreffenden Geflüchteten aus der Ukraine kümmerten und andererseits umfassend humanitäre Hilfe an ukrainische Gemeinden auf den Weg brachten. Bei der Reise der beiden Autor:innen in die Ukraine berichteten ukrainische Bürgermeister aus den Regionen Kyjiw und Tschernihiw, dass gerade bestehende polnischen Partnerstädte, zu denen viele ukrainische Städte und Gemeinden

schon längere Beziehungen haben, bei der Vermittlung partnerschaftlicher Kontakte nach Deutschland eine große Rolle gespielt haben. Bei der Länderverteilung der deutschen Städtepartnerschaften dominieren Länder der EU, insbesondere Frankreich (2324) vor Polen (592) und Großbritannien (552). Polen wiederum unterhält fast 230 Städtepartnerschaften mit der Ukraine.

Seit 2023 entstanden auch sieben regionale Partnerschaften zwischen Bundesländern und den ukrainischen Oblasten. Den Anfang machte Nordrhein-Westfalen (NRW) mit Dnipropetrowsk; zuletzt unterzeichneten in diesem Jahr Mecklenburg-Vorpommern mit dem Gebiet Tschernihiw und der Freistaat Sachsen mit der Oblast Charkiw neue Regionalpartnerschaften. Die Ziele der Regionalpartnerschaften ähneln sich zum Teil. Dennoch gibt es Unterschiede, was die Ambitionen und die geplanten Mittel anbelangt. Die Zusammenarbeit zwischen NRW und Dnipropetrowsk ist wahrscheinlich die ambitionierteste und umfasst neben Wirtschaftskooperationen unter anderem die Bereiche Wissenschaft, Gesundheit, Verkehrsinfrastruktur und Umweltschutz. Das Land NRW kündigte im Februar 2023 an, das Bundesland und die Oblast Dnipropetrowsk auf allen Ebenen miteinander verbinden zu wollen – durch den Austausch von Kommunen, Verbänden, Vereinen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren. Im Zuge der Regionalpartnerschaft kamen gleich sieben neue Kommunalpartnerschaften aus NRW mit Gemeinden aus dem Gebiet Dnipropetrowsk zustande.

Mit Blick auf die Regionalpartnerschaften bleibt jetzt abzuwarten, wie diese beidseitig mit Leben gefüllt werden. Wegen der ukrainischen Verfassung sind die Leiter:innen der Gebietsverwaltungen vom Präsidenten ernannt und stehen in vielen Fällen im Dauerclinch mit – oder sehen sich als Konkurrenz zu – den selbstbewussten, direktgewählten lokalen Bürgermeister:innen. Im Falle von Tschernihiw sind die Spannungen zwischen dem Gouverneur und dem amtierenden Bürgermeister besonders akut.

Um Regionalpartnerschaften erfolgreich zu gestalten und die Potenziale der neuen Partnerschaften voll auszuschöpfen, gilt es, diese Spannungen zu verstehen und bedacht zu navigieren. Für deutsche Bundesländer wird es also darauf ankommen, einerseits sich dezidiert nicht nur auf die Gebietsverwaltung und ihre Führung zu konzentrieren, die oft in der Region nicht tief verwurzelt sind, sondern vor allem auch Kontakte zu einer Vielzahl von kommunalen Akteur:innen in den Partnerregionen zu knüpfen. Nicht zuletzt davon wird der Erfolg dieser Regionalpartnerschaften abhängen.

Fokus Nothilfe

Vor 2022 lag der Fokus bestehender kommunaler Partnerschaften vor allem auf den Themen Kultur, Bildung,

Jugendaustausch; in einigen Fällen noch der Austausch der Feuerwehren. So arbeitete die sächsische Stadt Borna, die mit Irpin seit 47 Jahren eine Partnerschaft unterhält (was es zur zweitältesten deutsch-ukrainischen Partnerschaft überhaupt macht), seit Jahren am Aufbau einer Freiwilligen Feuerwehr in Irpin und spendete ein Feuerwehrfahrzeug.

Nach der großangelegten russischen Invasion rückte der Fokus der Zusammenarbeit auf humanitäre Nothilfe und umfangreiche Sachspenden wie Medizin, hygienische Produkte, Decken etc., aber auch kommunale Fahrzeuge wie Busse, Müll- und Krankenwagen und Feuerwehrfahrzeuge. Nach dem gezielten Beschuss der ukrainischen Energieinfrastruktur im Winter 2022/23 wurde massive Winterhilfe in Form von Generatoren, Heizöfen, Decken etc. geleistet.

Der amtierende Bürgermeister und eine Abgeordnete des Tschernihiwer Stadtrats berichteten uns, dass humanitäre Hilfe u. a. aus den Partnerstädten Memmingen und dem polnischen Tarnobrzeg die Stadt noch vor der staatlichen ukrainischen Hilfe erreichte. Bei der weiter oben erwähnten Reise in die Gebiete Kyjiw und Tschernihiw hörten wir immer wieder von Bürgermeistern, Stadträten und Aktivist:innen, dass die geleistete europäische Nothilfe, insbesondere die der kommunalen Partner, gerade in der frühen Phase des Angriffskrieges einen wichtigen symbolischen und praktischen Beitrag zur Stabilisierung der Lage leistete, gerade auch zur Versorgung der fast vier Millionen Binnenvertriebenen. Die Gemeinde Korjukiwka im Norden des Tschernihiwer Gebiets betonte uns gegenüber, dass die Winterhilfe ihrer kommunalen Partner (dt. Partner Walkirch) eine zentrale Rolle gespielt hat, die letzten zwei Winter zu überstehen.

Grenzen der Nothilfe

Im Verlauf des Krieges änderten sich die Bedarfe der ukrainischen Gemeinden. Auch wenn derzeit, gerade im Osten (und dort besonders in Charkiw und Umgebung), wieder akute Nothilfe benötigt wird, zeigen unsere vorläufigen Umfrageergebnisse und Interviews mit Vertreter:innen der Gemeinden und Städte aus dem Tschernihiwer Gebiet, dass die meisten von ihnen aktuell keine humanitäre bzw. Nothilfe benötigen. Mit Blick auf die Landkarte der Städtepartnerschaften wird klar, dass die Mehrheit der bestehenden Partnerschaften sich im Westen und der Zentralukraine bzw. weit entfernt von der aktuellen Frontlinie im Süden und Osten des Landes befindet.

Gleichzeitig wurde gerade in den Gesprächen mit den Gemeindevertreter:innen klar, dass Bedarfe und geleistete Hilfen nicht immer übereinstimmen. Zum Teil existieren sehr klare Listen von benötigten Dingen, beispielsweise für die Ausstattung von Schutzräumen in Schulen. Ausländische Partnergemeinden und

internationale Geber liefern hingegen manchmal Dinge, die nicht zwingend benötigt werden – aus Dankbarkeit werden diese dann zwar angenommen, aber die konkreten Bedarfe auf der ukrainischen Seite decken sie nicht.

In den Gesprächen wurde auch klar, dass es auf Seiten zahlreicher ukrainischer Kommunen an Wissen und Know-How fehlt, um eigene Bedarfe auch mit Blick auf künftige Projekte zu priorisieren. Das ist insofern wichtig, da insbesondere (große) internationale Hilfsorganisationen ihre eigenen Lösungen und Konzepte zum Wiederaufbau anbieten, die von den ukrainischen Kommunen oft einfach übernommen werden müssen. In Borodjanka im Gebiet Kyjiw z. B., wo mehr als 1.500 Gebäude zerstört wurden und die Schäden sich auf 150 Mio. US-Dollar belaufen, sanierte eine U.S.-amerikanische Hilfsorganisation die Kanalisation der Hauptstraße. Die Stadt kann diese aber bis heute nicht nutzen, da ihr die Mittel fehlen, Häuserblöcke daran anzuschließen.

Gleichzeitig spielen Sprachkenntnisse in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen im Gebiet Tschernihiw, aber auch anderen Gebieten, eine wesentliche Barriere beim Umgang mit ausländischen Partnern. Vor der Vollinvasion gab es kaum englischsprachiges Personal und auch nur wenige Bürgermeister:innen sprechen verhandlungssicher Englisch. So war die damalige Vizebürgermeisterin von Irpin, Mychajlina Skoryk-Schkariwska, zu Beginn der Vollinvasion die einzige Angestellte in der Stadtverwaltung, die fließend Englisch sprach. Seit 2023 leitet sie eine NGO, die Gemeinden aus der Kyjiwer Region bei der Projektplanung und Umsetzung hilft. Sie schilderte beim Besuch in Irpin eindringlich, wie trotz globaler Öffentlichkeit und großem Angebot an Fördermitteln nur ein Bruchteil tatsächlich umgesetzt werden konnte, weil es an englischsprachigen Mitarbeitenden mangelte.

Auch im wichtigen Feld der Unterstützung mit kommunalen Fahrzeugen gab es gemischte Rückmeldungen. Die Ukraine hat, wie bereits geschildert, auch von zahlreichen deutschen Gemeinden instandgesetzte, gebrauchte Fahrzeuge für den ÖPNV, Rettungs-, Müll-Feuerwehrfahrzeuge etc. erhalten. Gerade für die lokale Feuerwehr spielen die Rettungs- und Einsatzfahrzeuge eine wichtige Rolle, da Technik und Fahrzeuge immer wieder gezielt von russischen »Double Tap«-Angriffen auf die Helfenden beschädigt oder zerstört werden. Von Gemeindevertretern hörten wir dazu, dass es immense Unterschiede gibt, in welchem Zustand Fahrzeuge übergeben werden. Gerade deutsche Partner wurden positiv erwähnt, geben sie sich bei der Instandsetzung oft große Mühe und liefern bspw. Rettungswagen oft vollausgestattet mit Technik und Equipment – das sei jedoch nicht immer der Fall.

Angesichts der Kriegssituation und dem schlechten Zustand der Straßen ist die Haltbarkeitsdauer vie-

ler Fahrzeuge jedoch beschränkt. Für die Ukraine ist es zudem kompliziert und teuer, die erhaltenen Fahrzeuge ohne umfassende Ersatzteile zu warten. Ein Bürgermeister aus dem Gebiet Tschernihiw sagte, dass die Ukraine zwar für jede Hilfe dankbar sei, sie aber langfristig keine Müllhalde für altes, verschlissenes Equipment sein wolle.

Partnerschaften auf Augenhöhe statt Opferrolle

Von fast allen interviewten Gemeindevertreter:innen vernahmen wir ein großes Interesse, bestehende Partnerschaften weiterzuentwickeln, weg von der reinen Nothilfe zu strategischen Kooperationen. Die thematische Bandbreite zur Entwicklung ist groß und geht von Wiederaufnahme des Jugendaustausch über Unterstützung bei medizinischer Ausrüstung und Weiterbildung von Fachpersonal zur Pflege und Reintegration von physisch und psychisch verletzten Menschen. Es besteht großes Interesse, von der deutschen Erfahrung in den Bereichen Inklusion und Barrierefreiheit zu lernen. Andere Gemeinden sehen den Wiederaufbau, verbunden mit umfassender Stadt- und Regionalentwicklung und lokaler Investitionsförderung, als ihre künftigen Prioritäten in den Partnerschaften an.

Gleichzeitig betonte die Mehrheit unserer Gesprächspartner:innen, dass sie die empfundene Opferrolle zurücklassen wolle. Vielmehr sollen die Potenziale der Kooperationen für beide Seiten in den Vordergrund gestellt werden. Die ukrainischen Städte sehen sich nicht nur als Bittsteller. Sie möchten eine Kooperation auf Augenhöhe und Wissen um die finanziell schwierige Lage der deutschen Kommunen. Von Krisenkommunikation und -management, Zivilschutz, lokaler Resilienz bis hin zur Digitalisierung von lokalen Verwaltungsdienstleistungen haben ukrainische Gemeinden ihren deutschen Partnern thematisch einiges anzubieten. Vertreter:innen der Stadt Nischyn (dt. Partner Neustadt in Holstein, Frankenthal (Pfalz) und Wolfsburg), aus der Oblast Tschernihiw berichteten etwa, wie eine Delegation aus der lettischen Partnerstadt Preili sie besuchte, um gemeinsam vom ukrainischen Zivilschutz und dem Umbau der Schutzräume für Schulen zu lernen. Dieses Potenzial des gegenseitigen Lernens sollte noch stärker in den Vordergrund gestellt werden.

Europäische Rechtsnormen und Fördermittel

Trotz des andauernden Kriegs wird auf der kommunalen Ebene mit Blick auf die vielen Partnerschaften in EU-Staaten auch oft über die Zukunft und den EU-Beitrittsprozess gesprochen. Der *Acquis Communautaire* wird zwar von der Zentralregierung in Kyjiw verabschiedet, umgesetzt werden müssen wird dieser jedoch auf loka-

ler Ebene. Deswegen brauchen ukrainische Städte und Gemeinden große Unterstützung im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses. Gerade ein Erfahrungsaustausch mit den osteuropäischen EU-Mitgliedern im Baltikum, Mittel- und Südosteuropa ist von hoher praktischer Relevanz, um EU-Standards umzusetzen und von deren Erfahrungen zu profitieren.

Unsere Feldforschung und Interviews mit Gemeindevertreter:innen aus Tschernihiw zeigen erstens, dass viele der ukrainischen Gemeinden noch nicht über nationale und internationale Förderprogramme Bescheid wissen und dass es ihnen zweitens an Kapazitäten, Fähigkeiten und Personal fehlt, um komplexe Projektbewerbungen vorzubereiten. Gerade mit Blick auf den in diesem Jahr anstehenden Zugang der Ukraine zum Interreg Europe Programm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf regionaler Ebene wird es wichtig sein, das Programm und seine Fördermöglichkeiten unter lokalen Behörden bekannter zu machen. An dem Programm können dann alle Regionen und Städte der EU und der Ukraine teilnehmen. Mit einem Partner in der EU können ukrainische Gemeinden dann gemeinsam Projekte in Höhe von ein bis zwei Millionen Euro einreichen.

Aus dem Gebiet Tschernihiw bestätigen unsere Gesprächspartner die grundsätzliche Bedeutung der deutschen bzw. internationalen Förderung der kommunalen Partnerschaften, wie den Kleinprojektfond von bis zu 50.000 EUR der Service Stelle Kommunen in der einen Welt (SKEW) umgesetzt von Engagement Global. Gerade das GIZ-Programm U-Lead with Europe zur Unterstützung der lokalen Entwicklung in der Ukraine wurde fast einhellig von kleineren Gemeinden positiv hervorgehoben. Gleichzeitig betonten sie, dass sie sich auch spezielle deutsche Förderprogramme wünschen, bei denen ukrainische Gemeinden als Hauptbewerber und damit auch Hauptempfänger von Fördermitteln fungieren können. Wenn Deutschland die Rolle der ukrainischen Gemeinden auch in Zukunft weiter stärken möchte, ist das Überdenken der Förderinstrumente jenseits der eigenen Projektumsetzung durch deutsche Organisationen wie der GIZ sinnvoll.

Fazit: Erfolgsfaktoren und Grenzen kommunaler Partnerschaft

Was die Erfolgsfaktoren in der kommunalen Partnerschaft angeht, nannten fast alle Gesprächspartner:innen das persönliche Engagement von Bürgermeister:innen, Stadträt:innen und der lokalen Zivilgesellschaft. Im Falle von Aachen etwa war die lokale Zivilgesellschaft, allen voran die lokale ukrainische Diaspora, Treiber hinter dem Zustandekommen der Kommunalpartnerschaft mit Tschernihiw. Die Gesprächspartner aus der Stadt Tschernihiw hoben die Partnerschaft mit Memmingen hervor, wo sich mehrere Menschen mit großem

Engagement für die Städtepartnerschaft mit Tschernihiw einsetzen würden. Persönliche Begegnungen sind und bleiben von größter Bedeutung für den Vertrauensaufbau und die Etablierung von verlässlichen Arbeitsbeziehungen.

Die Hauptbeschränkungen der kommunalen Beziehungen decken sich mit Erkenntnissen aus vorherigen Studien zum Thema. Unsere Gesprächspartner:innen identifizierten insbesondere die personellen Ressourcen als Hauptbeschränkung. Anders als in mittelgroßen deutschen Gemeinden gibt es in vielen ukrainischen Gemeinden kaum Mittel und Stellen für den Kontaktaufbau auf internationalen Konferenzen, für die Kontaktpflege zu Partnern und die Akquise von Projektmitteln. Auch Sprachbarrieren können ein Hindernis sein.

Über die Autor:innen

Mattia Nelles ist Mitbegründer des Deutsch-Ukrainischen Büros (DUB) und arbeitet seit Jahren zur Ukraine und den innen- und außenpolitischen Veränderungsprozessen im Land.

Inna Nelles ist Mitbegründerin des Deutsch-Ukrainischen Büros (DUB) und hat langjährige Erfahrung in der ukrainischen Zivilgesellschaft.

Anmerkung:

Das Projekt »Lokale Resilienz & Wiederaufbau: Kapazitäten der ukrainischen Zivilgesellschaft in der Region Tschernihiw« wird finanziert durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Die deutsch-ukrainischen Partnerschaften haben sich nach der großangelegten russischen Invasion in die Ukraine 2022 sowohl quantitativ als auch qualitativ positiv entwickelt. Die deutschen Bundesländer, Städte, Landkreise, Gemeinden und die Zivilgesellschaft haben viel zur Unterstützung ihrer Partner in der Ukraine beigetragen. Zukünftig sollten verstärkt auch die Erfahrungen der ukrainischen Seite in Überlegungen einfließen, wie die Partnerschaften über die akute Nothilfe hinaus gestärkt und fortentwickelt werden können. Die ukrainischen Gemeinden sehen sich nicht nur als Bittsteller, sondern streben vielmehr nach einer strategischen partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe – und sie möchten ihre deutschen Partner dazu ermutigen, relevante Erfahrungen auszutauschen.

DOKUMENTATION

Übersicht deutsch-ukrainischer Partnerschaften

Tabelle 1: Übersicht deutsch-ukrainischer Partnerschaften

Kommune	Bundesland	Art der Partnerschaft	seit	Partner
Aachen	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Tschernihiw
Aachen (Bezirk)	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Lwiw (Rajon)
Albersdorf	Schleswig-Holstein	Kommunalpartnerschaft	2023	Smidyn
Altdorf bei Nürnberg	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2023	Schowkwa
Altenkirchen (Landkreis)	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2024	Iwano-Frankiwsk (Rajon)
Alzenau	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2019	Kamjanka-Buska
Augsburg	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2023	Perwomajsk
Bad Endorf	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2001	Wolowez
Bad Kreuznach (Landkreis)	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2023	Perwomajsk
Bad Mergentheim	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Welyka Dymierka
Bad Mergentheim	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Schabo
Bad Nenndorf	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Turijsk
Bad Soden-Salmünster	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Tschortkiw

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Übersicht deutsch-ukrainischer Partnerschaften (Fortsetzung)

Kommune	Bundesland	Art der Partnerschaft	seit	Partner
Baden-Baden	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2000	Jalta
Bamberg	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2023	Mukatschewo
Barleben	Sachsen-Anhalt	Kommunalpartnerschaft	2017	Schyroke
Barsinghausen	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2008	Kowel; Brzeg Dolny (Polen)
Barth	Mecklenburg-Vorpommern	Kommunalpartnerschaft	2017	Truskawez
Baruth/Mark	Brandenburg	Kommunalpartnerschaft	2022	Husjatyn
Bedburg	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Mykolajiw
Bendorf	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2023	Brody
Bergisch-Gladbach	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Butscha
Berlin	Berlin	Kommunalpartnerschaft	2017	Kyjiw
Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	Berlin	Kommunalpartnerschaft	1991	Kijiw-Petschersk
Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg	Berlin	Kommunalpartnerschaft	2022	Kyjiw-Darnyzja
Berlin-Lichtenberg	Berlin	Kommunalpartnerschaft	2023	Odessa
Berlin-Neukölln	Berlin	Kommunalpartnerschaft	2023	Perwomajsk
Berlin-Pankow	Berlin	Kommunalpartnerschaft	2016	Kyjiw-Darnyzja
Berlin-Pankow	Berlin	Kommunalpartnerschaft	2023	Riwne
Berlin-Steglitz-Zehlendorf	Berlin	Kommunalpartnerschaft	1990	Charkiw-Industrialnyj
Berliner Wasserbetriebe	Berlin	Betreiberpartnerschaft	2019	Lvivvodokanal
Berliner Wasserbetriebe	Berlin	Betreiberpartnerschaft	2021	Ternopilvodokanal; Nadvirna-vodokanal
Bielefeld	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Tscherkassy
Billerbeck	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Malyn
Bocholt	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Werchnio-dniprowsk
Bochum	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	1987	Donezk
Bonn	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Cherson
Borken	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Podilsk
Borna	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	1976	Irpın
Brake (Unterweser)	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2022	Schazk
Brandenburg an der Havel	Brandenburg	Kommunalpartnerschaft	2023	Nowomoskowsk
Braunschweig	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2022	Bila Zerkwa
Bremen	Bremen	Kommunalpartnerschaft	2023	Odessa (Oblast)
Burgenlandkreis	Sachsen-Anhalt	Kommunalpartnerschaft	2022	Winnyzja
Celle	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	1990	Sumy
Crailsheim	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Nowowolynsk
Darmstadt	Hessen	Kommunalpartnerschaft	1992	Uschhorod
Delitzsch	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	2013	Schowkwa
Ditzingen	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Wosnesensk
Dorsten	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Bar
Dorsten	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Iwano-Frankiwsk
Dortmund	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Schytymyr
Dresden	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	2022	Chmelnyzkyj
Duisburg	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Krywyj Rih

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Übersicht deutsch-ukrainischer Partnerschaften (Fortsetzung)

Kommune	Bundesland	Art der Partnerschaft	seit	Partner
Düren	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2001	Stryj
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Tscherniwzi
Eichenau	Bayern	Kommunalpartnerschaft	1992	Wyschorod
Eltville am Rhein	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Swenyhorodka
Emscher-Genossenschaft / Lippeverband	Nordrhein-Westfalen	Betreiberpartnerschaft	2023	Schytomyrvodokanal
Erfstadt	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Ternopil
Erfurt	Thüringen	Kommunalpartnerschaft	2023	Iwano-Frankiwsk
Erlangen	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2022	Browary
Erzhausen	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2014	Iwanytschi
Essen	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Riwne
Esslingen am Neckar	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Kamjanez-Podilskyj
Ettenheim	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Wilchowezka
Filderstadt	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	1988	Poltawa
Flensburg	Schleswig-Holstein	Kommunalpartnerschaft	2023	Boryspil
Frankenthal (Pfalz)	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2023	Nischyn
Frankfurt (Oder)	Brandenburg	Kommunalpartnerschaft	2022	Schostka
Freiburg im Breisgau	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	1989	Lwiw
Friedberg	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2022	Mena
Furtwangen	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2017	Wylkowe
Gelsenkirchen	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Krementschuk
Gießen (Landkreis)	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Tschernihiw, Rajon
Gifhorn	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	1989	Korsun-Schewtschenkiwskyj
Gotha (Landkreis)	Thüringen	Kommunalpartnerschaft	1993	Tscherkassy (Rajon)
Göttingen	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Ochtyrka
Greifswald	Mecklenburg-Vorpommern	Kommunalpartnerschaft	2017	Drohobyttsch
Groß-Gerau	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2022	Solone
Gudensberg	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2012	Schtschyrez; Jelcz-Laskowice (Polen)
Günzburg (Landkreis)	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2022	Tairow
Haiger	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Hluchiwzi
Hamburg	Hamburg	Kommunalpartnerschaft	2022	Kyjij
Hamburg Wasser	Hamburg	Betreiberpartnerschaft	2022	Kyivvodokanal
Hanau	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2022	Mukatschewo
Hannover	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2022	Mykolajiw
Heidelberg	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	1991	Simferopol
Heidenrod	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2017	Sastawna
Heinsberg (Landkreis)	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Nikopol (Rajon)
Hersbruck	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2022	Nowa Uschyzja
Herzlake	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2019	Jurkiwzi
Hochtaunuskreis (Landkreis)	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2024	Schowti Wody
Hofstetten	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2019	Trostjanez
Hohenlohekreis (Landkreis)	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2022	Owidiopol
Homburg (Efze)	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Busk

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Übersicht deutsch-ukrainischer Partnerschaften (Fortsetzung)

Kommune	Bundesland	Art der Partnerschaft	seit	Partner
Hörselberg-Hainich	Thüringen	Kommunalpartnerschaft	2018	Rachiw
Hoyerswerda	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Perwomajskij
Hürth	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2018	Peremyschljanj; Skawina (Polen)
Ilseburg	Sachsen-Anhalt	Kommunalpartnerschaft	2018	Kremenez
Ingolstadt Kommunalbetriebe	Bayern	Betreiberpartnerschaft	2023	Chersonvodokanal
Iserlohn	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Ternopil
Jena	Thüringen	Kommunalpartnerschaft	2022	Browary
Karlsruhe	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2022	Winnyzja
Kaufbeuren	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2018	Kizman
Kirchheim unter Teck	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Sarata
Klixbüll	Schleswig-Holstein	Kommunalpartnerschaft	2023	Magdalyniwka
Koblenz	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2023	Iwano-Frankiwsk
Köln	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Dnipro
Konstanz	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Berdytschiw
Korntal-Münchlingen	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Baschtanka
Krefeld	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Kropywnyzykij
Langenlonsheim-Stromberg (Verbandsgemeinde)	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2022	Myrhorod
Leinfelden-Echterdingen	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	1988	Poltawa
Leipzig	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	1990	Lwiw
Leipzig	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	1961	Kyjij
Leverkusen	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Nikopol
Lindlar	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Radomyschl
Lingen	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2022	Laniwzi
Lippe (Landkreis)	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2015	Luzk
Lippstadt	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Kalusch
Lohmen	Mecklenburg-Vorpommern	Kommunalpartnerschaft	2022	Bilohorodka
Lörrach	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	1999	Wyschorod
Lüdinghausen	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Kolomyja
Ludwigsburg	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	1990	Jewpatorija
Ludwigsburg	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	1990	Semeniwka
Ludwigshafen am Rhein	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2022	Swjahel
Lüneburg	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Bila Zerkwa
Magdeburg	Sachsen-Anhalt	Kommunalpartnerschaft	2023	Saporischschja
Mannheim	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2016	Chisinau (Republik Moldau); Tscherniwzi
Mayen	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2023	Tschyhyryn
Meerbusch	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Fastiw
Melsungen	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Krasne
Memmingen	Bayern	Kommunalpartnerschaft	1991	Tschernihiw
Mittenwalde	Brandenburg	Kommunalpartnerschaft	2009	Machniwka; Stare Miasto (Polen)
Montabaur	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2023	Trostjanets
Mühligen	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2012	Onokiwi
Mülheim (Ruhr)	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Iwano-Frankiwsk
München	Bayern	Kommunalpartnerschaft	1989	Kyjij

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Übersicht deutsch-ukrainischer Partnerschaften (Fortsetzung)

Kommune	Bundesland	Art der Partnerschaft	seit	Partner
Münster	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Winnyzja
MVV Netze GmbH, Mannheim	Baden-Württemberg	Betreiberpartnerschaft	2022	Tscherniwtsi-vodokanal
Neumünster	Schleswig-Holstein	Kommunalpartnerschaft	2023	Nowowolynsk
Neustadt an der Weinstraße	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2023	Mukatschewo
Neustadt in Holstein	Schleswig-Holstein	Kommunalpartnerschaft	2023	Nischyn
Niederstein	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Rozwadiw
Nordestedt	Schleswig-Holstein	Kommunalpartnerschaft	2023	Uman
Nordhorn	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Tschuhujiw
Northeim	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Nadwirna
Nürnberg	Bayern	Kommunalpartnerschaft	1990	Charkiw
Oberhausen	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	1986	Saporischschja
Oberndorf an der Oste	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2010	Owrutsch
Oberviechtach	Bayern	Kommunalpartnerschaft	1990	Riwne
Offenbach (Landkreis)	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Berehowe
Oldenburg	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2022	Tscherwonohrad
Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband, Brake	Niedersachsen	Betreiberpartnerschaft	2022	Sumyvodokanal
Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband, Brake	Niedersachsen	Betreiberpartnerschaft	2022	Tschernihiwvodo-kanal
Ostseebad Heringsdorf	Mecklenburg-Vorpommern	Kommunalpartnerschaft	2020	Koblewe
Plauen	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	2016	Solotonoscha
Potsdam	Brandenburg	Kommunalpartnerschaft	2022	Iwano-Frankiwsk
Pullach im Isartal	Bayern	Kommunalpartnerschaft	1990	Baryschiwka (Rajon)
Radeberg	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	2017	Halytsch
Radebeul	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	1999	Obuchiw
Radolfshausen (Samtgemeinde)	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Werchowyna
Raunheim	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2022	Lubny
Ravensburg	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Zymna Woda
Regensburg	Bayern	Kommunalpartnerschaft	1990	Odessa
Rendsburg-Eckernförde (Landkreis)	Schleswig-Holstein	Kommunalpartnerschaft	2022	Tscherniwzi (Rajon)
Rhein-Kreis Neuss (Landkreis)	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Pawlohrad
Ruhrverband	Nordrhein-Westfalen	Betreiberpartnerschaft	2023	Saporischschja-vodokanal
Rupertwinkel (Region)	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2023	Horochiw
Saalfeld-Rudolstadt (Landkreis)	Thüringen	Kommunalpartnerschaft	2017	Opole (Polen) Kalusch (Rajon)
Saarbrücken	Saarland	Kommunalpartnerschaft	2023	Kowel
Saarpfalz (Landkreis)	Saarland	Kommunalpartnerschaft	2018	Lwiw (Rajon)
Schöningen	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	1996	Solotschiw
Schorndorf	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2024	Switlowodsk
Schwaben (Bezirk)	Bayern	Kommunalpartnerschaft	1997	Tscherniwzi (Oblast)

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Übersicht deutsch-ukrainischer Partnerschaften (Fortsetzung)

Kommune	Bundesland	Art der Partnerschaft	seit	Partner
Schwäbisch Gmünd	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2022	Obroschyne
Schweinfurt	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2022	Luzk
Schwentinental	Schleswig-Holstein	Kommunalpartnerschaft	2023	Dobroslaw
Singen (Hohentwiel)	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	1993	Kobeljaky
Spießen-Elversberg	Saarland	Kommunalpartnerschaft	2023	Mykhailo-Kotsjubynske
Sprendlingen-Gensingen	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2021	Boratyn
Stadtentwässerung Dresden	Sachsen	Betreiberpartnerschaft	2019	Lvivvodokanal
Stadtentwässerung Dresden	Sachsen	Betreiberpartnerschaft	2021	Ternopilvodokanal Nadvirnavodokanal
Stadtentwässerung Köln	Nordrhein-Westfalen	Betreiberpartnerschaft	2019	Lvivvodokanal
Stadtentwässerung Köln	Nordrhein-Westfalen	Betreiberpartnerschaft	2021	Ternopilvodokanal Nadvirnavodokanal
Stadtwerke Bielefeld	Nordrhein-Westfalen	Betreiberpartnerschaft	2023	Tscherkassyvodokanal
Stendal (Landkreis)	Sachsen-Anhalt	Kommunalpartnerschaft	2019	Luzk (Rajon)
Sternberg	Mecklenburg-Vorpommern	Kommunalpartnerschaft	2019	Solonka
Stockelsdorf	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Schyroke
Stuttgart	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2022	Chmelnyzkyj
Teltow	Brandenburg	Kommunalpartnerschaft	2022	Chotyń
Thierhaupten	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2022	Woloka
Todtmoos	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Jaremtsche
Trier-Saarburg (Landkreis)	Rheinland-Pfalz	Kommunalpartnerschaft	2023	Kalusch (Rajon)
Tübingen	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Krementschuk
Uffenheim	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2017	Kolbudy (Polen) Jaworów
Ulm / Neu Ulm	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2023	Bilhorod-Dnistrovskyj
Viersen	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	1993	Kaniw
Vörstetten	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2023	Hirska
Wabern	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Sabolotzi
Waldkirch	Baden-Württemberg	Kommunalpartnerschaft	2022	Korjukiwka
Walsrode	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2003	Kowel
Wandlitz	Brandenburg	Kommunalpartnerschaft	2022	Makariw
Wathlingen (Samtgemeinde)	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2016	Truskawez Limanowa (Polen)
Wathlingen (Samtgemeinde)	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2005	Truskawez
Wesel	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2023	Nowomoskowsk
Weser-Aue Samtgemeinde	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Perwomajskyj
Wetzlar	Hessen	Kommunalpartnerschaft	2023	Schepetiwka
Wiesbaden	Hessen	Kommunalpartnerschaft	1991	Kamjanez-Podilskyj
Wismar	Mecklenburg-Vorpommern	Kommunalpartnerschaft	2023	Tschornomorsk
Witten	Nordrhein-Westfalen	Kommunalpartnerschaft	2022	Tschornomorsk
Wolfratshausen	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2009	Brody

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Übersicht deutsch-ukrainischer Partnerschaften (Fortsetzung)

Kommune	Bundesland	Art der Partnerschaft	seit	Partner
Wolfsburg	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Nischyn
Wolfsburg	Niedersachsen	Kommunalpartnerschaft	2023	Schowkwa
Würzburg	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2017	Lwiw
Würzburg	Bayern	Kommunalpartnerschaft	2022	Luzk
Zwickau	Sachsen	Kommunalpartnerschaft	2013	Wolodymyr

Quelle: Engagement Global. Länderliste der Partnerschaften. Kommunalbeziehungen Deutschland – Ukraine, Stand: 23. Februar 2024, <https://skew.engagement-global.de/Liste-deutsch-ukrainischer-kommunalbeziehungen.html?type=&stateDe=&stateUa=14>.

CHRONIK

11. – 31. März 2024

11.03.2024	Die Ukraine nimmt offizielle Verhandlungen mit amerikanischen und europäischen Sicherheitsbehörden über die Wiederaufnahme des Flugverkehrs auf, teilt Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow mit. Der Luftraum über der Ukraine ist seit Beginn der großangelegten russischen Invasion im Februar 2022 gesperrt.
11.03.2024	Laut Präsident Wolodymyr Selenskyj komme die Ukraine beim Bau von etwa 2.000 Kilometer langen Befestigungsanlagen in drei Verteidigungslinien »gut« voran. Im Herbst 2023 wurden die Behörden für die langsamen Fortschritte bei der Verstärkung der Verteidigungslinien kritisiert. Im November wurde eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Verstärkungsmaßnahmen eingesetzt, was zu sichtbaren Resultaten geführt hat.
11.03.2024	Die Werchowna Rada verabschiedet ein EU-konformes Gesetz zum Lobbying. Damit erfüllt die Ukraine laut der stellvertretenden Ministerpräsidentin für europäische und euro-atlantische Integration, Olha Stefanischyna, alle vier Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Genehmigung des EU-Beitrittsverhandlungsrahmens. Das Gesetz sieht auch die Einrichtung eines neuen Transparenzregisters vor, das von der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention geführt wird, und schafft neue Mechanismen für die Überwachung der Lobbyarbeit.
12.03.2024	Kyjiw erhält eine EU-Übergangsfinanzierung in Höhe von 6 Milliarden Euro. Im März erhält die Ukraine 4,5 Milliarden Euro und die restlichen 1,5 Milliarden Euro im April. Der ukrainische Finanzminister Serhij Martschenko sagt dazu, dass der Übergangsfinanzierungsmechanismus den dringenden Haushaltsbedarf bis zur endgültigen Genehmigung für die Ukraine-Fazilität decken würde.
12.03.2024	Der Gouverneur der ukrainischen Oblast Cherson, Oleksandr Prokudin, sagt, dass es mindestens zwei Jahre für die Entminung der ukrainisch kontrollierten Gebiete in der Oblast Cherson bedürfe. Ferner erklärt er, dass erst ein Drittel des von der russischen Besatzung befreiten Gebiets in der Oblast Cherson auf Minen untersucht worden sei. Allein in diesem Gebiet seien mehr als 150.000 Minen oder andere Sprengstoffsätze entdeckt worden.
12.03.2024	Der ukrainische Minister für digitale Transformation Mychajlo Fedorow gibt bekannt, dass die Ukraine die Massenproduktion von Robotern zur »Minimierung der menschlichen Beteiligung auf dem Schlachtfeld« plane. Dies umfasse die Massenproduktion von mobilen Robotern, die in der Lage seien, Minen zu legen, Minen zu entschärfen, Angriffsdrohnen zu bedienen, verwundete Soldaten zu evakuieren und Munition zu transportieren.
13.03.2024	Laut Berichten der Ukrainska Prawda sollen ukrainische Drohnen in Russland einen Flugplatz in der Oblast Woronesch sowie drei Ölraffinerien in Rjasan, Kstowo (Gebiet Nischni Nowgorod) und Kirischi (Gebiet Leningrad) angegriffen haben.
13.03.2024	Das ukrainische Ministerium für digitale Transformation teilt mit, dass Hacker der ukrainischen IT-Armee die russische Regierung und lokale Portale angegriffen und das Bezahlsystem des öffentlichen Nahverkehrs in Moskau und Kasan gestört haben.
14.03.2024	Der neue Oberbefehlshaber Oleksandr Syrskyj erklärt auf Facebook, dass die Ukraine trotz der schwierigen militärischen Lage mit der Rotation von Truppen begonnen habe, die »seit langem« an der Front stationiert seien. Das werde »die Situation stabilisieren und den moralischen und psychologischen Zustand unserer Soldaten positiv beeinflussen«, so Syrskyj.

14.03.2024	Präsident Wolodymyr Selenskyj telefoniert mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz. Themen sind die weitere politische, wirtschaftliche und verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Unter anderem plant der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall die Errichtung von mindestens vier Fabriken in der Ukraine, in denen Artilleriegranaten, Militärfahrzeuge, Schießpulver und Flugabwehrwaffen hergestellt werden sollen.
15.03.2024	Die russischen Behörden halten vom 15. bis zum 17. März in den von Russland völkerrechtlich besetzten Gebieten »Präsidentenwahlen« ab. Die Scheinwahlen in besetzten Gebieten gelten als völkerrechtswidrig. Der Europarat rief die Mitgliedsstaaten bereits 2023 dazu auf, das zu erwartende Ergebnis der »Wahlen« in Russland nicht anzuerkennen. Damit würde Wladimir Putins Position als Präsident der Russischen Föderation international ebenfalls nicht mehr anerkannt werden.
15.03.2024	Russische Raketenangriffe treffen Odesa und beschädigen zivile Infrastruktur. Insgesamt werden mindestens 20 Menschen getötet und über 70 verletzt, darunter auch Ersthelfer und Polizisten.
15.03.2024	Die UN-Kommission zur Ukraine kommt in einem Bericht zum Schluss, dass russische Folter an ukrainischen Kriegsgefangenen »weit verbreitet und systematisch« sei. Russland zeige eine »eklatante Missachtung der Menschenwürde«, heißt es in dem Bericht. Russland begeht seit Beginn der Vollinvasion eklatante Kriegsverbrechen auch gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, so z. B. in Butscha und Irpin.
15.03.2024	Spezialisten des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) haben laut SBU-Cyberchef Ilja Witiuk seit dem Ausbruch der Vollinvasion 2022 fast 10.000 Cyberangriffe abgewehrt.
16.03.2024	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba telefoniert mit US-Außenminister Antony Blinken, um über die Freigabe der im US-Kongress blockierten Ukraine-Hilfen zu sprechen. Seit Herbst werden die Ukraine-Hilfen der USA von den Republikanern im US-Kongress blockiert.
16.03.2024	In der Nacht zum 17. März bricht in einer Ö Raffinerie in der russischen Region Krasnodar ein Feuer aus, woraufhin es Berichte über Explosionen und einen ukrainischen Drohnenangriff gibt. Seit Tagen greift die Ukraine im Rahmen ihrer Verteidigung gezielt Ö raffinerien in Russland an; laut der Ukrainska Prawda habe die Ukraine in jüngerer Zeit insgesamt 12 russische Raffinerien erfolgreich angegriffen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt dazu, dass diese Wochen gezeigt hätten, dass die russische Kriegsmaschinerie Schwachstellen habe, welche die Ukraine mit eigenen Waffen erreichen könne.
17.03.2024	Bei den russischen »Präsidentenwahlen«, die als weder frei noch fair, sondern als stark manipuliert eingestuft werden, erzielt der Machthaber Wladimir Putin laut dem offiziellen Endergebnis rund 87 Prozent. Die dreitägigen Scheinwahlen wurden auch in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine durchgeführt, wo die Menschen unter Druck gesetzt wurden und teils unter Aufsicht von Soldaten wählen mussten.
18.03.2024	Der Generalleutnant und stellvertretende Verteidigungsminister der Ukraine Iwan Hawryluk sagt, dass Russland sieben Mal mehr Granaten als die Ukraine abfeuert. »Die Bestände der Ukraine an bestimmten Munitionstypen sind auf ein kritisches Niveau gesunken«, betont er. Die Ukraine ist mit einem anhaltenden Munitionsmangel konfrontiert und benötigt dringend Granaten und Raketen. Mehrere europäische Länder haben sich darum einer Initiative unter tschechischer Leitung angeschlossen, um 800.000 Artilleriegranaten für die Ukraine zu beschaffen.
18.03.2024	Der russische Machthaber Wladimir Putin hält nach den Scheinwahlen, bei denen er sich in seinem Amt hat »bestätigen« lassen, eine große Feier auf dem Roten Platz in Moskau ab und sagt, dass er den Krieg gegen die Ukraine fortsetzen wolle. Das Datum wurde nicht zuletzt auch aus symbolischen Gründen gewählt: Vor genau zehn Jahren, am 18. März 2014, hatte Russland die ukrainische Krim völkerrechtswidrig annektiert.
19.03.2024	Der ukrainische Verteidigungsminister Rustem Umjerow gibt bekannt, dass die Ukraine während des 20. Treffens der Ukraine-Verteidigungskontaktgruppe im Ramstein-Format ihren wichtigsten Verbündeten einen Kriegsplan für 2024 vorgelegt habe. Hauptthema des Treffens war laut Umjerow der Munitionsnachschub, wo das ukrainische Militär einen kritischen Engpass habe. Einige Länder sagen der Ukraine neue Hilfspakete zu: Deutschland kündigt neue Militärhilfen im Wert von 500 Millionen Euro an, darunter 10.000 Artilleriegeschosse, und Belgien plant 400 Millionen Euro bereitzustellen. Das Treffen findet zu einem schwierigen Zeitpunkt für die Ukraine statt, da Russland den Druck an der Front erhöht und die US-Hilfen weiterhin im Kongress blockiert werden.
19.03.2024	Der Direktor des internationalen Energiekonzerns Gunvor, Torbjorn Tornqvist, schätzt, dass Russland aufgrund von ukrainischen Drohnenangriffen 600.000 Barrel seiner täglichen Ö raffineriekapazität verloren habe. Die Ukraine griff innerhalb der letzten Wochen gezielt etwa ein Dutzend russische Ö raffinerien erfolgreich an, die für die russische Kriegswirtschaft eine wichtige Rolle spielen.

20.03.2024	Jung Pak, der leitende US-Beamte für Nordkorea, berichtet, dass Russland bereits mehrfach nordkoreanische Raketen eingesetzt habe, um die Ukraine anzugreifen. Nordkorea hat sich zu Russlands führendem Waffenlieferanten entwickelt und liefert Moskau Berichten zufolge umfangreiche Militärpakete, darunter ballistische Raketen und über 3 Millionen Artilleriegranaten. Nordkorea soll Russland bereits mehr als 10.000 Container mit Waffen geliefert haben.
20.03.2024	Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) veröffentlicht einen Bericht in dem Russland vorgeworfen wird, in den völkerrechtswidrig annektierten ukrainischen Gebieten weit verbreitete Verstöße gegen das Völkerrecht zu begehen. Mit unrechtmäßigen und willkürlichen Inhaftierungen, Folter und Misshandlungen soll ein »erstickendes Klima der Angst« geschaffen werden. Der Bericht basiert auf Interviews mit mehr als 2.300 Opfern und Zeug:innen und konzentriert sich auf die Gebiete, die Russland seit Beginn der Vollinvasion im Jahr 2022 besetzt hat.
20.03.2024	Der ukrainische Parlamentsausschuss für regionale Entwicklung beschließt fünf Städte und 104 Dörfer, die russische oder sowjetische Namen tragen, umzubenennen, so der ukrainische Abgeordnete Roman Lozynskyj.
21.03.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert die EU-Staats- und Regierungschef:innen in einer Rede vor dem Europäischen Rat auf, der Ukraine Granaten und Luftabwehrsysteme zu liefern, um sich gegen russische Angriffe besser verteidigen zu können
21.03.2024	Die ukrainische Luftwaffe wehrt alle 31 Raketen der russischen Streitkräfte, die am frühen Morgen hauptsächlich auf Kyjiw und die umliegenden Regionen zielen, ab. Dennoch werden 13 Menschen in der Stadt Kyjiw und vier weitere in der Oblast Kyjiw verletzt, teilen die örtlichen Behörden mit.
22.03.2024	Russland greift mit mehr als 150 Drohnen und Raketen ukrainische Städte und Infrastrukturen an. Es ist der bisher größte Angriff auf das ukrainische Energienetz seit Beginn der Vollinvasion. Das größte Wasserkraftwerk der Ukraine bei Saporischschja wird von mehreren Raketen getroffen und schwer beschädigt. Auch die Staumauer wird beschädigt; die Gefahr eines Dammbrochs bestehe allerdings nicht, entwarnen die lokalen Behörden. Die Wiederinstandsetzung werde Jahre dauern, teilt das staatliche Energieunternehmen Ukrhydroenergo mit. In der gesamten Ukraine sind mehr als 1,5 Millionen Menschen von Stromausfällen betroffen. In der Oblast Charkiw wird das größte Kraftwerk der Region getroffen und beschädigt, woraufhin mehr als 700.000 Menschen ohne Strom bleiben.
23.03.2024	Nachdem im Krokus-Center bei Moskau am Abend des 22. März mehrere Bewaffnete 144 Menschen töten und mehr als 500 verletzen, bekennt sich ein Ableger der Terrororganisation Islamischer Staat zu dem Terroranschlag. Der russische Machthaber Wladimir Putin macht jedoch die Ukraine dafür verantwortlich und behauptet, die festgenommenen mutmaßlichen Attentäter hätten angeblich geplant, in die Ukraine zu fliehen; Beweise liefert er jedoch keine. Kyjiw weist eine Beteiligung am Attentat klar zurück.
23.03.2024	Die stellvertretende ukrainische Energieministerin Switlana Hryntschuk beziffert die Verluste durch russische Angriffe auf das ukrainische Energienetz auf 11,5 Milliarden US-Dollar.
24.03.2024	Die Ukraine bestätigt den Beschuss von zwei großen russischen Landungsschiffen der Ropucha-Klasse, die »Jamal« und die »Asow«, auf der besetzten Krim.
24.03.2024	Nachdem Russland einen umfassenden Raketenangriff auf die Ukraine, darunter auch Lwiw nahe der polnischen Grenze, gestartet hat, soll eine russische Rakete kurzzeitig in den polnischen Luftraum eingedrungen sein, bevor sie in Richtung Ukraine abdrehte. Das polnische Einsatzkommando entschied sich gegen den Abschuss der Rakete, da dies eine Gefahr für die polnische Zivilbevölkerung dargestellt hätte. Kurz nach dem Zwischenfall bestellte Warschau den russischen Botschafter ein.
25.03.2024	Bei einem erneuten russischen Raketenangriff auf Kyjiw werden mindestens sieben Menschen verletzt sowie eine Bildungseinrichtung und ein Wohnhaus beschädigt, teilen die ukrainischen Behörden mit.
25.03.2024	Das größte private ukrainische Energieunternehmen DTEK hat aufgrund des russischen Massenangriffs auf das ukrainische Energiesystem vom 22. März die Hälfte seiner Stromerzeugungskapazität verloren, teilt der Geschäftsführer mit.
25.03.2024	Der Marinesprecher der Ukraine, Dmytro Pletentschuk, sagt, dass zusätzlich zu den Landungsschiffen Jamal und Asow, die bei einem ukrainischen Raketenangriff am 23. März beschädigt wurden, auch das russische Kriegsschiff Iwan Churs getroffen und beschädigt worden sein könnte.
26.03.2024	Der tschechische Außenminister Jan Lipavský gibt bekannt, dass Tschechien im Rahmen der tschechischen Initiative zur Lieferung von Artilleriegranaten an die Ukraine sogar bis zu 1,5 Millionen Schuss beschaffen könnte – das wäre fast das doppelte der im Februar angekündigten 800.000 Artilleriegranaten. Dafür brauche Tschechien allerdings weitere finanzielle Zusagen der ukrainischen Partner.

26.03.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft sich mit einer estnischen Delegation unter der Leitung von Lauri Hussar, dem Sprecher des estnischen Parlaments, um über die weitere Unterstützung der Ukraine durch Estland sowie über die Fortschritte bei der Vorbereitung eines bilateralen Sicherheitsabkommens zu sprechen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist Estland nach Angaben des Kieler Instituts für Weltwirtschaft einer der führenden militärischen Geber der Ukraine. In den nächsten vier Jahren plant Tallinn, 0,25 % seines BIP für die militärische Unterstützung Kyjiws bereitzustellen.
26.03.2024	Laut einem Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) sind mindestens 32 ukrainische Kriegsgefangene in russischer Gefangenschaft im Winter hingerichtet worden. Dies ist ein Bruch der Genfer-Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen. Russland begeht seit Beginn der Vollinvasion auf die Ukraine im Jahr 2022 systematisch Kriegsverbrechen.
27.03.2024	Das ukrainische Verteidigungsministerium veröffentlicht ein Eckpunktepapier, in dem der Gesetzentwurf für das neue Mobilisierungsgesetz erläutert wird. Darin ist unter anderem vorgesehen, das Mobilisierungsalter auf 25 zu senken, um dringend benötigte neue Soldaten zu rekrutieren. Der Grundwehrdienst soll anstelle des Wehrdienstes eingeführt werden und soll in Friedenszeiten fünf Monate und in Kriegszeiten drei Monate dauern. Seit der Verabschiedung in erster Lesung wurden mehr als 4.000 Änderungsanträge zu dem Gesetzentwurf eingereicht.
28.03.2024	Die russische Vollinvasion hat laut dem Nationalen Sozialdienst der Ukraine dazu geführt, dass fast 1.800 ukrainische Kinder zu Waisen geworden sind. UNO-Angaben zufolge sind außerdem fast 600 Kinder getötet worden und mehr als 1.200 wurden verletzt.
28.03.2024	Präsident Wolodymyr Selenskyj telefoniert mit dem Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Mike Johnson, der wesentlich für die Blockade der US-Militärhilfen für die Ukraine verantwortlich ist. Selenskyj bedankt sich für die bisherige Unterstützung der USA seit Beginn der russischen Vollinvasion und schildert Johnson die aktuell schwierige Lage: »Allein in der vergangenen Woche wurden ukrainische Städte und Gemeinden von 190 Raketen, 140 Shahed-Angriffsdrohnen und 700 Luftbomben getroffen«, so Selenskyj, um die Bedeutung der US-Hilfen für die Ukraine zu unterstreichen.
29.03.2024	Der russische Außenminister Sergej Lawrow weist den Friedensplan der Ukraine zurück und erklärt, es sei sinnlos, von Moskau den Abzug seiner Truppen aus den besetzten Gebieten zu verlangen. Man sei zu Gesprächen bereit, aber nicht auf der Grundlage der Friedensformel von Selenskyj, so Lawrow. Selenskyj hatte im November 2022 eine 10-Punkte-Friedensformel vorgestellt, die von vielen westlichen Verbündeten unterstützt wird und die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine sowie den vollständigen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine beinhaltet.
29.03.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj verteidigt die Strategie der Ukraine, russische Ölraffinerien anzugreifen. In einem Interview mit der Washington Post äußert Selenskyj sein Missfallen über die Kritik der Vereinigten Staaten über die ukrainischen Angriffe auf russische Ölraffinerien. Er betont, die Ukraine habe das Recht, ihre eigenen Waffen zur Selbstverteidigung einzusetzen. Völkerrechtlich sind ukrainische Angriffe auf russisches Territorium zulässig, sofern diese der Selbstverteidigung der Ukraine dienen. Dazu zählen auch Angriffe auf Militärinfrastruktur und andere Infrastruktur, die Russland dazu befähigen, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen das Nachbarland zu führen, z. B. Ölraffinerien. Die USA hatten die ukrainischen Angriffe auf die russische Ölinfrastruktur jüngst kritisiert, da die Weltmarktpreise für Öl dadurch steigen würden.
30.03.2024	Präsident Wolodymyr Selenskyj entlässt zwei Mitglieder des Präsidialamtes und vier weitere Berater. Darunter ist sein Chefberater Serhij Shefir, mit dem Selenskyj bereits vor seiner politischen Karriere eng zusammenarbeitete. Nach einem Attentat 2021 tauchte Shefir jedoch weitgehend aus der Öffentlichkeit ab. Außerdem von ihren Ämtern entbunden wurde die Beauftragte für die Rechte der Soldaten, Aljona Werbyzka, die Beauftragte des Präsidenten für Freiwillige Natalija Puschkarjowa, der ehemalige stellvertretende Leiter des Präsidialbüros Serhij Trofimow sowie die Berater Mychajlo Raduzkyj und Oleh Ustenko.
31.03.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gedenkt an den zweiten Jahrestag der Befreiung von Butscha. An der Zeremonie nehmen auch der Leiter des Präsidialamtes Andrij Jermak, Premierminister Denys Schmyhal, Verteidigungsminister Rustem Umjerow, Oberbefehlshaber Oleksandr Syrskyj, Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk und Innenminister Ihor Klymenko teil.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Lars Fernkorn

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Lars Fernkorn
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>